Nr. 286. Halle a. S., Dienstag den 6. Dezember 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmit. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Verfassungswünsche in Rußland.

Bekanntlich haben vor einiger Zeit die Teilnehmer des Semstwo-Kongresses Beschlüsse gefaßt, in denen für Rußland eine Verfassung gefordert wurde. Die Fassung dieser Beschlüsse, die natürlich für die russische Regierung ganz unverbindlich sind, ist folgende:

„Die private beratende Versammlung von Semstwo-Mitgliedern kam in den Sitzungen vom 6., 7. und 8. November a. St. nach Erörterung der allgemeinen Bedingungen, die erforderlich sind für eine gesunde Entwickelung unseres öffentlichen und Staatslebens, zu folgenden Beschlüssen:

1. Die Anormalität der bei uns bestehenden Staats-Verwaltung, die sich mit besonderer Stärke seit dem Beginn der achtziger Jahre geltend macht, besteht darin, daß das im Staatsleben zwischen Regierung und Gesellschaft notwendige Vertrauen fehlt.

2. Das Verhältnis der Regierung zur Gesellschaft war gegründet auf die Befürchtung der Entwickelung einer gesellschaftlichen Selbsttätigkeit und auf das ständige Bestreben, die Gesellschaft von der Teilnahme an der inneren Verwaltung fernzuhalten. Von diesen Grundsätzen ausgehend, war die Regierung bestrebt, die administrative Zentralisation in allen Zweigen der örtlichen Verwaltung durchzuführen und alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens zu bevormunden.

Eine Zusammenarbeit mit der Gesellschaft fand seitens der Regierung nur insofern statt, als es für sie galt, die Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane in Einklang mit dem Willen der Regierung zu bringen.

3. Das bureaukratische Regime, das die souveräne Gewalt von der Gesellschaft trennt, schafft den Boden für ein weitgegendes Hervortreten der administrativen Willkür und des persönlichen Gutdünkens. Ein solches Regime beraubt die Gesellschaft der für sie unentbehrlichen Sicherheit, durch die die gesetzlichen Rechte aller und eines jeden geschützt sein sollen, und untergräbt das Vertrauen zur Regierung.

4. Eine gesunde Entwickelung des Staats- und Gesellschaftslebens ist nur möglich unter der Voraussetzung eines lebendigen und engen Zusammenwirkens und einer Einigung der Staatsgewalt mit der Gesellschaft.

5. Um die Möglichkeit der administrativen Willkür zu beseitigen, ist die Anerkennung und die konsequente Durchführung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Person und der Privatwohnung erforderlich. Niemand darf ohne den Beschluß einer unabhängigen Gerichtsgewalt einer Strafe und der Beschränkung seiner Rechte unterworfen werden. Für den oben genannten Zweck ist es außerdem notwendig, solche Bestimmungen für die straf- und zivilrechtliche Verfolgung der Beamten einzuführen, durch welche die praktische Verwirklichung des Grundsatzes der Gesetzlichkeit in der Verwaltung gesichert wird.

6. Damit die geistigen Kräfte des Volkes sich vollständig entwickeln, damit die öffentliche Meinung allseitig zum Ausdruck kommen kann, ist die Gewährleistung der Gewissens- und Religionsfreiheit, der Rede- und Preßfreiheit, sowie des Versammlungs- und Vereinsrechtes erforderlich.

7. Die persönlichen (bürgerlichen und politischen) Rechte aller Bürger des russischen Kaiserreichs müssen gleich sein.

8. Die Selbsttätigkeit der Gesellschaft ist die Hauptbedingung für die regelmäßige und erfolgreiche Entwickelung des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes. Da die bedeutende Mehrheit der Bevölkerung Rußlands zum Bauernstande gehört, muß dieser vor allem in eine Lage gebracht werden, die für die Entwickelung seiner Selbsttätigkeit und Energie günstig ist; das ist aber nur zu erreichen durch eine grundlegende Aenderung des gegenwärtigen widerrechtlichen und bedrückenden Zustandes der Bauern. Zu diesen Zwecken ist erforderlich: a) die Bauern in ihren persönlichen Rechten mit den Personen der anderen Stände gleichzustellen; b) die Land-Bevölkerung von der administrativen Bevormundung ihres persönlichen und öffentlichen Lebens zu befreien und c) ihnen Sicherheit durch Einführung eines normalen Gerichtsverfahrens zu gewähren.

9. Die Semstwo- und städtischen Institutionen, in denen das örtliche öffentliche Leben sich tatsächlich konzentriert, müssen so gestellt werden, daß sie mit Erfolg die Pflichten erfüllen können, die normal funktionierenden und weiten Zwecken dienenden Organen der Selbstverwaltung zukommen; dazu ist erforderlich: a) daß die Semstwo-Vertretung nicht nach Standesprinzipien organisiert ist, sondern daß zur Beteiligung an der Semstwo- und städtischen Verwaltung möglichst alle vorhandenen Kräfte der örtlichen Bevölkerung hinzugezogen werden; b) daß die Semstwo-Institutionen der Bevölkerung durch Schaffung kleiner Semstwo-Unterabteilungen näher gebracht werden, denen ihre wirkliche Selbständigkeit gesichert werden soll; c) daß die Kompetenz der Semstwo- und städtischen Institutionen das gesamte Gebiet der lokalen Interessen umfaßt; d) daß den genannten Institutionen die erforderliche Stabilität und Unabhängigkeit gewährleistet wird, bei deren Vorhandensein allein die regelmäßige Entwickelung ihrer Tätigkeit und die Herstellung des erforderlichen Miteinanderarbeitens der Regierungs- und der Selbstverwaltungsorgane möglich ist. Die lokale Selbstverwaltung muß in allen Teilen des russischen Kaiserreichs eingeführt werden.

10. Die Meinung der Majorität. Aber um eine immer lebendige und enge Zusammenarbeit und Einigung der Staatsgewalt mit der Gesellschaft auf der Grundlage der oben entwickelten Grundsätze zu schaffen und zu erhalten und um die regelmäßige Entwickelung des Staats- und Gesellschaftslebens zu sichern, ist unbedingt erforderlich die regelmäßige Teilnahme der Volksvertretung, als besonders gewählter Institution, an der Verwirklichung der gesetzgebenden Gewalt, an der Feststetzung des Staatsbudgets und an der Kontrolle der Gesetzmäßigkeit der Tätigkeit der ausführenden Regierungsorgane.

Die Meinung der Minorität. Aber um eine immer lebendige und enge Zusammenarbeit und Einigung der Staatsgewalt mit der Gesellschaft auf Grundlage der oben erwähnten Grundsätze zu schaffen und zu erhalten und um die regelmäßige Entwickelung des Staats- und Gesellschaftslebens zu sichern, ist unbedingt erforderlich die regelmäßige Teilnahme der Volksvertretung, als besonders gewählter Institution, an der Gesetzgebung.

11. Angesichts der hohen Bedeutung und der Schwierigkeit der inneren und der äußeren Lage Rußlands spricht die private beratende Versammlung die Hoffnung aus, daß die souveräne Gewalt frei gewählter Vertreter des Volkes einberufen wird, um unter ihrer Mitwirkung unser Vaterland auf dem neuen Wege der Staatsentwickelung im Geiste der Verwirklichung der Grundsätze des Rechtes und des Zusammenwirkens der Staatsgewalt und des Volkes zu führen."

Wir teilen den genauen Wortlaut dieser Forderung einer Konstituante mit, weil dieselbe sicherlich eine wichtige Rolle in der Entwickelung Rußlands spielen wird. Bedauerlicherweise fehlt in der Forderung der direkte Hinweis darauf, daß die Vertreter des Volkes auf Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts in die Konstituante geschickt werden sollen — es fehlt in der Deklaration gleichfalls der direkte, klare Hinweis darauf, daß die Volksvertreter in dem neuen Verfassungsstaat, den die Semstwoleute herbeiwünschen, auch auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt werden sollen; daß das beabsichtigt ist, könnte höchstens aus dem Punkte der Deklaration hergeleitet werden, der die politische Gleichstellung aller Bürger fordert.

Doch was der Kongreß nicht klar genug gesagt hat, wird nun von anderen nachgeholt werden — im ganzen Lande wird wohl in Bälde der millionenfache Ruf erschallen: Wir fordern die unverzügliche Einberufung einer auf Grund des allgemei-

---

11] (Nachdruck verboten.)

Das Goldmacherdorf.

Eine anmutige und wahrhafte Geschichte für Schule und Haus.
Von Heinrich Zschokke.

Oswald aber sprach zu den Leuten also: „Mit nichten, Ihr guten Leute! sondern nun habe ich Hoffnung, daß es bei uns bald besser gehen werde. Ich bin viel in der Welt umhergereiset und habe viele Dörfer gesehen. Wo die meisten Wirtshäuser waren, da habe ich immer die meiste Armut gefunden. Und wo kein Wirtshaus war, als etwa, Reisende zu beherbergen, da sah man einen gewissen Wohlstand in den Häusern. Die Wirte hängen nicht umsonst in ihre Schilde das Bild eines Raubtieres aus, Löwen und Adler, Bären und Falken, — die Tiere leben von Blut und Gut der Gemeinde. Sie hängen ein goldenes Kreuz aus, weil sie Gold haben wollen, und den Leuten Kreuz und Kummer dafür lassen. Sie hängen einen goldenen Engel aus, aber es ist ein böser Engel, der Rekruten wirbt für das Zucht- und Armenhaus und Gefängnis.

„Wir haben im Dorfe nur noch ein Wirtshaus, aber nur zu viel daran. Stände es nicht da, ständen die Nachbarshäuser besser. Wer am Wirtstische die Spielkarten nicht braucht, kauft sich eine Bibel und Gotteswort ins Haus. Wer nicht bei den Zechern um teures Geld Kopfweh kauft, freut sich daheim bei Weib und Kind unentgeltlich. Wer dem Wirt kein Geld zahlt, behält es im Sack. Es ist mehr Ehre, im Keller eine Flasche Wein, als im Wirtskeller ein ganzes Faß voll zu haben.

So redete Oswald, und die alten Bauern nickten mit dem Kopf, denn sie merkten wohl, er habe nicht Unrecht. Aber der Löwenwirt wollte bersten vor Zorn, zumal, da er hörte, daß Oswald den goldenen Löwen ein Raubtier geheißen hatte. Und er würde dem Oswald gern einen Prozeß angehängt haben, wenn es möglich gewesen wäre. Aber der Schulmeister war klug, nahm sich in acht und ging dem grimmigen Löwen überall aus dem Wege, und ließ denselben brüllen und schmähen.

17. Vom Blitzstrahl im Pfarrhause und dem neuen Pfarrer.

Zu dieser Zeit war in einer Nacht ein erschreckliches Gewitter. Der ganze Himmel stand in Flammen. Der Donner rollte, daß die Häuser bebten und die Fenster klirrten. — Wenn die Bauern das ganze Jahr ruchlos blieben, so beteten sie doch allemal beim Gewitter recht laut, und bereuten ihre Sünden von ganzem Herzen so lange, bis das Wetter vorüber war. Dann lebten sie wieder wie vorhin.

Plötzlich fuhr mit entsetzlichem Krachen und Prasseln der Blitz ins Dorf. Er fiel wie ein Feuermeer auf das Pfarrhaus; doch zum Glück zündete er nicht und beschädigte niemanden. Aber am folgenden Morgen sah man, wie der Blitz das ganze Dach zerschmettert hatte, und der alte Herr Pfarrer war vom Schrecken so hart befallen worden, daß er nach wenigen Tagen starb.

Da schimpften die Goldenthaler auf die Regierung und sagten: „Die Regierung ist an dem ganzen Unglück Schuld. Denn hätte sie nicht verboten, beim Hochgewitter mit der Glocke zu läuten, so wäre das nicht geschehen. Sonst hat man doch das Wetter, wenn es kam, wegläuten können; jetzt ist das verboten. Diese großen Herren haben keine Religion mehr im Leibe. Nun haben wir das Unglück." — So sprachen die Goldenthaler.

Oswald aber sagte: „Wie denket Ihr doch in Euerm Herzen so töricht, und sprechet mit Eurem Munde so lästerlich. Die Regierung hat den Blitz nicht auf das Dach des Pfarrhauses gezogen, sondern der metallene Knopf mit der eisernen Wetterfahne hat es getan. Denn es hat Gott in die Natur des Blitzes gelegt, immer dem Wasser oder den Metallen auf der Erde nachzugehen, besonders den metallenen Spitzen. Das hat Gott getan, auf daß der Mensch erkenne, wie er sich vor der Gewalt des Blitzes verwahren könne. Denn sobald der Blitz Metalle findet, an denen er bis in den Erdboden dringen kann, ist er unschädlich.

So sprach Oswald, und führte die Bauern auf das Dach des Pfarrhauses. Da sahen sie alle in dem vergoldeten Knopf kleine eingeschmolzene Löcher, und sahen, wie der Blitz den aufrechtstehenden Nägeln der Hohl- und Ekziegel am Dache nachgelaufen war, bis unter das Dach zu einem Eisendraht, an welchem man vor der Haustür zu klingeln pflegte, wenn man zum Herrn Pfarrer wollte. Weil nun der Blitz solch einen eisernen Weg zur Stunde gefunden, war das übrige Haus von ihm verschont worden und ein kalter Schlag geblieben, wie die Bauern sagten. Er wäre aber, hätte er jenes lei ende Eisenzeug nicht gefunden, wohl leicht ein gar heißer Schlag geworden.

Oswald sprach ferner: „Weil die Kirchtürme hohe Spitzen tragen und viel Eisenwerk im Innern, geschieht es oft, daß der Blitz sie trifft. Und weil daher schon mancher arme Mensch beim Gewitterläuten erschlagen worden ist, hat die hohe Obrigkeit das unnütze und abergläubige Läuten verboten."

So sprach Oswald; und weil er merkte, daß sich seit der Zeit viele Leute vor dem Blitzstrahl mehr als vorher fürchteten, tat es ihm leid. Und er sprach: „Angst und Schrecken beim Gewitter sind ein Unglück; das Gewitter selbst ist ein Segen des barmherzigen Gottes für die Länder, deren Lüfte er reinigen und deren Boden er befruchten will. Darum legt Euern Kummer ab. Gehet hin, befestigt auf dem Giebel Eures Hauses eine eiserne Spitze, eines Schuhes hoch; knüpfet daran einen eisernen Draht, nicht dicker als die Spule einer großen Schreibfeder, der muß über das Dach herab bis zur Erde gehen in eine feuchte Stelle. So habet Ihr dem Blitz einen Weg gemacht, auf dem er unschädlich zur Erde fährt, wenn der Draht ein einziges Stück ist von oben bis unten, und Ihr ihn sauber haltet von allem Rost und Schmutz. Ein Blitzableiter ist ein Furchtableiter, und bewahrt zugleich Haus und Dorf gegen ein mögliches Unglück und Feuersbrunst durch den Strahl."

Also redete der Schulmeister, und setzte auf sein eigenes Haus eine Eisenspitze mit dem daran hängenden Draht (denn Elsbeth fürchtete sich stark bei Gewittern). Der Müller hatte dergleichen schon längst in der Stadt gesehen und tat es auch. Viele Bauern folgten dem Beispiele nach, denn es kostete nicht viel und half doch zur Beruhigung.

Andere aber nahmen in ihrer Dummheit daran großes Hindernis und sagten: „Heißt das nicht, unserm Herrgott nach den Augen stechen und ihm Gesetze vorschreiben? Kann er nicht mit seinen Blitzen treffen, wen er will? Werden die vielen Wetterstangen nicht die fruchtbringenden Gewitter verhindern und schlechte Witterung machen?"

Da antworteten der Schulmeister und sprach: „Ihr Toren, die Wetter Gottes gehen über tausend Spitzen der Bäume des Waldes, wie über kahle Ebenen; und seine Blitze befruchten den Erdboden, sie mögen in den Wipfel der Eiche oder in Eisenstäbe, oder in See'n, Flüsse und Meere fallen. Aber der Herr gab uns Einsicht, auf daß wir uns bewahren sollen vor dem Schaden, den die herrlichste Sache am unrechten Orte stiftet. Das Feuer ist mit Licht und Wärme wohl ein herrliches Ding, aber nicht wenn das Haus brennt. Darum gab uns Gott das Wasser zum Löschen des Feuers. Brauchet Ihr nun das Wasser zum Löschen des Feuers, warum traget Ihr Bedenken, das Eisen zum Löschen des Blitzes zu gebrauchen? Es ist kein Uebel in der Welt, Gott hat uns dagegen ein Mittel gegeben. Aber der Mensch soll es erkennen und mit Dank empfangen. Wer nun in blinder Verstockthheit das Mittel verschmäht, ist ein Verächter von Gottes teuersten Gaben, und leidet gerechte Strafe, es sei, daß sein Haus verbrenne von der Flamme des Feuers, oder daß sein Haupt vom Blitzstrahl getroffen werde."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 06-18/fragment/page=0001

nen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einberufenen Konstituante!

Unter Tagesgeschichte Ausland ist am Sonnabend unter Rußland bereits kurz die Stellungnahme der oppositionellen Parteien zur Verfassungsfrage skizziert worden.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 5. Dezember 1904.

Der Reichstag

begann am Sonnabend mit der ersten Lesung des Etats Ein „großer Tag" war dieser Sonnabend just nicht, obwohl sonst die ersten Tage der ersten Etatslesung als Sterne erster Ordnung am parlamentarischen Himmel zu glänzen pflegen. Das Haus war ziemlich schwach besetzt; offenbar erschien der Genuß eines „Stengel" vielen Abgeordneten nicht süß genug, um dafür auf die sonntägliche Heimfahrt nach Muttern zu verzichten. Dafür wimmelte die Eitrade des Bundesrats von zivilen und militärischen Würdenträgern; der Reichskanzler erschien erst gegen Schluß der Sitzung; aber Stengel war da, der Bajuvare, den man nach Berlin berufen hat, damit er den verfahrenen Reichsfinanzkarren aus dem Sumpfe schiebe, dergleichen v. Einem, der „schneidige" Kriegsminister, Rheinbaben: der Miquel-Schüler, Syndikatsschwärmer und Sozialistentöter, der geadelte Marine Tirpitz u. s. w. — Und Stengel sprach. Ein Hochgenuß war's nicht. Nicht in formaler, noch in sachlicher Beziehung. Ein Berg von Zahlen, durch den man sich durchwühlen muß, um ins Etatsland zu gelangen. Und dieses Land ist kein Schlaraffenland. Die Beutel sind leer, die Ausgaben sind groß, die Schulden noch größer; mit den Einnahmen aber, ja, da hapert's. Sehr pessimistisch denkt der bayrische Freiherr über den neuen Zolltarif und dessen Mehrerträge; daß es sich bei der Verquickung von Brotwucher und Witwenscherflein, die das Zentrum so sinnig ins Tarifgesetz gebracht hat, um einen groben Hokuspokus handelt, wagte der Reichsschatzsekretär wohl nur aus Höflichkeit — oder aus Furcht vor der regierenden Partei nicht mit deutlichen Worten zu sagen. Selbst über den Wert der Kolonien scheint Herr Stengel etwas ketzerische Ansichten zu haben. Der langen Rede kurzer Sinn war übrigens: neue Steuern sind nötig; mit dieser brutalen Offenheit wurde dies betrübsame Resultat allerdings nicht verkündet; noch mehr hütete sich der Reichsfinanzjarius, die Natur dieser künftigen Steuern näher anzudeuten. — Nach Stengel v. Einem. Zweijährige Dienstzeit, ist, unangenehme Sache das; da aber einmal da, nicht mehr gut zu beseitigen. Müssen anderweitigen Ersatz schaffen. Mehr Infanterie. Besonders aber mehr Kavallerie. Mehr Unteroffiziere. Neue Gewehre, Patronen, Schieß-, Exerzier- und Uebungsplätze. — Mehl, zahle. — Nach Ueberreichung dieses Bouquets von Militärforderungen fühte sich das Haus nicht mehr stark genug, weiter zu verhandeln. Es vertagte sich auf Montag. Auftreten des berühmten Eiertänzers Schädler.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Sonnabend mehrere Initiativanträge. Der Antrag Kindler auf Errichtung von Meisterkursen zur Förderung des Handwerks in einzelnen Provinzen wurde wie in der Kommission auch im Plenum abgelehnt und durch die Annahme einer Resolution ersetzt, in der ganz allgemein die Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung des Handwerks verlangt wird. Die Sprecher der Mehrheitsparteien verwahrten sich dagegen, Gegner der Meisterkurse zu sein, sie waren nur der Meinung, daß es inopportun sei, einen erst vor zwei Jahren angenommenen Antrag heute schon zu wiederholen. Ein im agrarischen Interesse gestellter Antrag des konservativen Abg. v. Arnim ersucht die Regierung, ihren Einfluß auf das Kalisyndikat dahin geltend zu machen, daß den landwirtschaftlichen Bezugsverbänden die bisher gewährten Vorzugsbedingungen erhalten bleiben. Es handelt sich um eine Liebesgabe für die Agrarier, um eine Schlechterstellung der Händler beim Bezug von Kali. Die Mehrheit war demgemäß groß, auch Herr Möller, angeblich Minister für Handel und Gewerbe, äußerte sich sehr entgegenkommend.

Einmütig wurde eine Resolution der Budgetkommission angenommen, die für die Unterbeamten mit Familie eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses verlangt. Die Resolution war der Effekt der Beratung über einen Antrag Oeser-Kopsch, der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren und mittleren Beamten, und über einen Zentrums-Antrag Schmedding, der Abstufung des Wohnungsgeldes nach der Stärke der Familie forderte. Auch der Minister gab eine entgegenkommende Erklärung ab. So kann von einer Weihnachtsfreude, die den Familienvätern unter den Unterbeamten bereitet ist, gesprochen werden. Montag stehen Petitionen zur Beratung.

Russisches aus Sachsen.

Die zweite Lieferung von „Königsberg" (Verlag des Vorwärts), die soeben erscheint, enthält unter anderem noch unbekanntes Material auch ein klassisches Dokument der Polizei- und Spitzelwirtschaft, das beweist, daß sich auch an die sächsische Polizei, was Eifer im Zarendienste betrifft, nicht tippen läßt. In den Nachforschungen der Königsberger Staatsanwaltschaft spielte u. a. auch ein russischer Student Namens Skubik, der von der Freiberger Bergakademie relegiert und aus Sachsen ausgewiesen wurde, eine große Rolle. Die Staatsanwaltschaft wandte sich an die Freiberger Stadtpolizei um Auskunft über den geheimnisvollen Hochverräter, und diese Auskunft fiel folgendermaßen aus:

Skubik hat sich an den Bestrebungen der hiesigen sozialdemokratischen Partei wiederholt beteiligt. Er ist u. a. mit anderen Akademikern bei der am 19. März 1898 . . . hier abgehaltenen Märzfeier des sozialdemokratischen Vereins . . . anwesend gewesen, und hat ferner . . . an einer Wählerversammlung teilgenommen. Aus dieser ist Skubik und einige andere russische Studenten wegen ihres Benehmens, und weil sie Ausländer waren, ausgewiesen worden. Am 24. Juni 1898, dem Abend der Stichwahlen, ¼12 Uhr, ist Skubik und zwei Studenten vor der Wohnung des Barbiers Heinrich Altermann, eines hiesigen sozialdemokratischen Agitators, erschienen; sie haben gewissen und geklatscht, um bei ihm Einlaß zu bekommen. Schließlich hat Skubik zum Fenster hinaufgerufen: „Heinrich, ist noch Sitzung?" Altermann ist darauf ans Fenster getreten, hat erklärt, daß die Sitzung aus sei, und die drei eingelassen. Nunmehr hat ein Trinkgelage begonnen, und dabei sind die einlaufenden Drahtnachrichten verlesen worden. Als die Wahlerfolge von Berlin verkündet worden, hat Skubik gerufen: „Darauf müssen wir eins trinken." Auch bei dem Wahlsieg der Sozialdemokraten in Zittau haben die Studenten laut Beifall bekundet. Als Altermann zum Schluß die Sozialdemokraten hat leben lassen, haben sie alle auf das Wohl derselben getrunken. Erst nach ½1 Uhr haben sie Altermanns Wohnung verlassen.

Des weiteren wird ein ähnlicher aufregender Vorfall erzählt, der sich zwei Tage darauf — wiederum in Altermanns Privatwohnung — abgespielt haben soll. Die Studenten seien um einen Tisch herum gesessen, „auf dem Zeitschriften und Bücher gelegen haben". Altermann habe die Lehren der Sozialdemokratie vorgetragen. . . . Die Sitzung ist mit einem Trinkgelage geschlossen worden, wobei sozialdemokratische Lieder gesungen worden sind, u. a. die Arbeitermarseillaise, ein Lied nach der Melodie der Nationalhymne, und eins mit dem Kehrreim Petroleum. Auch die Anwesenheit eines „amerikanischen Zigarrenwicklers aus Dresden" wird als verdächtiges Moment gemeldet.

Das sind nach der aktenmäßigen Angabe der Polizei die Verbrechen des Schnorrers und Verschwörers Skubik, der dafür von der Hochschule und aus dem Lande gejagt wurde. Die Polizei horcht an allen Wänden, spürt Vorgänge aus, die sich in Privatwohnungen abspielen, und verhängt wegen Handlungen, in denen sie selbst keine Spur von Strafbarkeit zu entdecken im stande ist, über wehrlose Fremde die harte Strafe der Ausweisung!

Die Elenden und das Hochzeitsgeschenk.

Die westfälischen Städteverwaltungen wollen ihren Byzantinismus durch ein Prunkgeschenk an den deutschen Kronprinzen zur Schau stellen, das diesem zu seiner Hochzeit dargebracht werden soll. Die Angelegenheit kam auch in der Stadtverordnetenversammlung in Bielefeld zur Erörterung. Die Stadtverwaltung verlangte Bewilligung eines Beitrages von 1000 Mk. zu den Kosten des Geschenkes. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte natürlich dagegen und gab folgende Erklärung ab: „Unsere grundsätzliche Stellung zur Monarchie verbietet uns, uns an der Ovation zu beteiligen, welche nach dem Vorschlage des Magistrats einem Mitgliede des regierenden Hauses der Hohenzollern dargebracht werden soll. Wir fühlen uns als Vertreter der „Elenden", wie der Kronprinz die deutschen Sozialdemokraten bezeichnete, verpflichtet, zu erklären, daß diese „Elenden" keinen Pfennig freiwillig zu einem Geschenk für den Kronprinzen beitragen würden. Mögen die geschenkfreudigen Herren das Geld hierzu durch freiwillige Sammlung selbst zusammenbringen, das ist ihr gutes Recht, aber freigebig sein auf Kosten anderer, will uns wenig guten Geschmack zu verraten scheinen. Wir halten es endlich mit den Pflichten eines Stadtverordneten für unvereinbar, in einem Augenblick, wo die Ausgestaltung wichtiger Zweige der städtischen Verwaltung aus Mangel an Mitteln unterbleiben muß oder hinausgeschoben wird, wo durch Arbeitslosigkeit und die Härten des herannahenden Winters die bitterste Not manche Familien der Steuerzahler heimsucht, die Groschen der Aermsten zu Flitter- und Prunkgeschenken zu verwenden."

In dieser Erklärung ist der Standpunkt unserer Partei mit wünschenswerter Deutlichkeit gewahrt.

Elendsbilder der Großstadt.

Eine unliebsame Ueberraschung bringt seinen Gönnern vom antisozialdemokratischen „Reichsverbande" die neue „christlich-nationale" Zeitung, Das Reich. Statt sich, wie sonst, in wüstem Geschimpfe gegen die Arbeiterbewegung zu ergehen, läßt es einmal die Tatsachen zu Worte kommen und veröffentlicht Angaben „Aus dem Wirtschaftsbuch einer Heimarbeiterin". Da müssen denn die vornehmen Herren, die das „Arbeiter"-Lesepublikum dieser kurzatmigen Zeitung bilden, entsetzt in einen Abgrund des tiefsten menschlichen Elends hinabblicken. Wird doch der Durchschnittsjahreslohn von Tausenden Berliner Heimkrinnen vom statistischen Jahrbuch auf 250 M. geschätzt! Die Heldin des Reich, eine wirkliche Heldin, näht Schürzen und erhält davon sich und ihren Sohn. So lange sie gesund war, betrug ihr Monatseinkommen 48 M., in der Krankheit, die ja die notwendige Folge eines solchen Lebens ist, 36 M. In einer Woche bleiben für Mutter und Kind 40 Pfennig zu Nahrungszwecken. Sie schreibt dazu: „Zum Verhungern zu viel, zum Sattwerden zu wenig; das Dickwerden ist ausgeschlossen." — Das Reich tobt täglich in seinen Spalten gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie, die sich wider diese herrliche Gesellschaftsordnung empört, und gegen den Terrorismus der Gewerkschaften. Eine wirkungsvollere Fürsprache für die revolutionäre Arbeiterbewegung ist uns aber schon lange nicht begegnet, als dieses schlichte „Wirtschaftsbuch" einer Heimarbeiterin. Es wird uns wundern, wenn dem Reich solche Fluchtversuche aus dem Reich der Lüge in jenes der Tatsachen nicht von seinen Geldgebern verboten werden sollten!

Ein anderes Bild! Vor dem Berliner Strafgericht stand am letzten Donnerstag ein Kanzleigehilfe Julius N. wegen Betrugs und Urkundenfälschung. N., seit 17 Jahren Kanzlist, seit 1. Mai 1903 bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt, jetzt brotlos, hatte Tag und Nacht rastlos gearbeitet, um seine kranke Frau und seine Kinder zu erhalten. Am 28. Mai hatte er 248 Seiten abzuschreiben; als die ersten 100 davon fertig waren, hoffte er vor Monatsschluß noch weitere 100 Seiten liefern zu können und verrechnete 200 Seiten. Eine dringliche Arbeit hinderte ihn, dessen Kind eben am Sterben lag, mit dem gesetzten Quantum fertig zu werden. Um die „Leichtfertigkeit" seiner Abrechnung zu verbergen, radierte er die falsche Ziffer in seinem Monatszettel aus. Aber er hatte 4.50 Mark (für 100 Bogen!!) zuviel erhalten; der Staat war benachteiligt und betrogen. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis; der Gerichtshof erkannte „milde" auf eine Woche Gefängnis. Schluchzend warf sich das Weib des „Verbrechers" den Richtern vor die Füße und erhielt den Rat, die Gnade des Kaisers anzurufen. Gnade für einen Unschuldigen!

Der Reichstagspräsident und die Wartefrauen.

Graf Ballestrem hat das neue Palais neben dem Reichstag bezogen; die Aenderung seiner Hauswirtschaft, die dadurch vollzogen ward, wird hoffentlich auch in der Situation seines Bedienungspersonals eine günstige Wendung herbeigeführt haben. So lange nämlich Graf Ballestrem seine alte Wohnung inne hatte, galt es als selbstverständlich, daß die Wartefrauen, deren Aufgabe es ist, im Reichstage reine zu machen und dafür aus dem Etat des Reichstags mit 2,50 Mk. bezahlt werden, nebenbei auch ehrenamtlich und ohne weitere Besoldung zu häuslichen Arbeiten im Präsidentenhaushalt herangezogen wurden. Selbst bei Festlichkeiten, die ihre Arbeitslast gewaltig steigerten und sie zwangen, ganze Nächte aufzubleiben, wurden sie weiter nicht entlohnt, da sie ja vom — Reichstage bezahlt würden. Graf Ballestrem, der nicht nur ein guter Zentrumschrift, sondern auch ein steinreicher Mann ist und außerdem hohe Repräsentationsgelder bezieht, dürfte wohl — wir wissen es nicht, wir vermuten es nur — inzwischen für eine Aenderung solcher unhaltbarer Zustände gesorgt haben. Andernfalls müßte man dringend bitten, daß die Festgäste des Reichstagspräsidenten nie vergessen sollen — eine kleine Kollekte für die Wartefrauen des Reichstags zu veranstalten.

In Oberschlesien will man Hilger nicht haben. Infolge Verwendung einflußreicher Zentrumskreise soll gutem Vernehmen nach die Wahl des Geheimen Bergrats Hilger zum Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte an Stelle von Geheimrat Junghans fallen gelassen sein.

Das Zentrum will in Oberschlesien jedenfalls das Monopol für Wahlbeeinflussungen für sich allein haben und die saarabische Konkurrenz nicht aufkommen lassen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Glogau ein Bäckerlehrling zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Wie Kaiserbeleidigungs-Prozesse zu stande kommen, zeigt folgende Mitteilung der Berl. Volksztg.: Ein Malergehilfe aus Lüttelburg restaurierte den Pferdestall eines Saarburger Oberstleutnants und fand hinter einer Haferkiste ein altes, bestaubtes und völlig wertloses Kaiserbild ohne Rahmen, wie solche von Offiziersburschen wohl öfters im Stall oder der Puglammer an der Wand angeklebt oder angenagelt werden. Er benutzte diesen Pappdeckel, um seinen Farbenpinsel zu probieren und überstrich dabei das Bildnis des Kaisers mit Farbe. Als der Stallbursche dabei zu ihm sagte, das dürfe er nicht tun, das sei eine Majestätsbeleidigung, soll er geäußert haben: „Wir brauchen keinen Kaiser mehr," und dabei pinselte er ruhig an dem Bilde weiter. Dieses Verbrechen ließ dem Maler Gerard aus Oberstinzel keine Ruhe; er ging hin und denunzierte seinen Mitarbeiter, einen achtzehnjährigen jungen Menschen aus guter Familie wegen Majestätsbeleidigung durch einen anonymen Brief. Die Strafkammer zu Zabern sprach den Beschuldigten frei, weil ihm das Bewußtsein einer Beleidigung gefehlt habe.

Das Denkmal der 50 000., Kreatur. Das Berl. Tageblatt berichtet: Gelegentlich des Jagdaufenthaltes des Kaisers in Oberschlesien dürfte die Mitteilung interessant sein, daß der Monarch bereits am 2. Dezember 1902 gelegentlich seines Besuches auf Groß-Strelitz auf 50 000 von ihm erlegte Kreaturen zurückblicken konnte. Aus diesem Anlasse ließ der Schloßherr Graf Tschirschky-Renard gegenüber dem Standorte des Kaisers einen zwei Meter hohen Malhügel aus roten erratischen Blöcken errichten, deren oberster, ein schön geäderter Porpyher, gespalten ist. Die Spaltfläche trägt unter der Kaiserkrone die nachstehende Inschrift: „Seine Majestät der Kaiser und König Wilhelm II. erlegte an dieser Stelle am 2. Dezember 1902 allerhöchst seine 50000. Kreatur, einen weißen Fasanenhahn."

Da der Kaiser bei der letzten Hofjagd in Neudeck allein 951 weitere Kreaturen zur Strecke gebracht hat, darunter 937 Fasanen, so wird ein Denkmal der 100 000. Kreatur nicht lange auf sich warten lassen.

Milde Justiz gegen Schutzleute. Die Berliner Schutzleute Wuthe, Warnick und Osterland hatten im März 1903 einen dienstfreien Tag zu einer Landpartie mit anschließender Bierreise benutzt. Am Abend kamen sie hierbei nach Treptow. Als sie hier in fidelster Stimmung die Kiefholzstraße entlang gingen, rempelte einer von ihnen den Arbeiter Troppens an, welcher beschäftigt war, Möbel abzuladen. Als er sich dies verbat, erhielt er von Wuthe mit den Worten: „Du hast wohl lange kein's in die Sch . . . ze bekommen!" einen Schlag mit einem Schirm auf den Kopf. Gleichzeitig erhielt er von Warnick einen Schlag, der ihn zu Boden streckte, auch Osterland gab sein Teil zu, indem er den T. mit Fäusten bearbeitete. Der hinzueilende Bruder des T. erhielt ebenfalls einen Stockschlag über den Arm und von Wuthe Schläge mit einem Schirm. Durch den Lärm wurde der Nachtwächter Juds herbeigerufen. Als er die Personalien des Angeklagten feststellen wollte, erhielt er zur Antwort: „Du willst ein Beamter sein, Du Plunder, wir sind nur Beamte." Zugleich wurde er von Warnick angespien und mit einem zerbrochenen Stock geschlagen. Es kam so weit, daß der Nachtwächter seine Waffe ziehen wollte; hieran wurde er indessen von den drei Schutzleuten behindert. Mittlerweile hatten sich ca. 50 Personen angesammelt, die später den Zug unter lautem Hallo zur Wache begleiteten. Der Transport gestaltete sich zu einem nicht sehr leichten, da seitens der Angeklagten dem Nachtwächter ziemlicher Widerstand entgegengesetzt wurde, auch vor der Polizeiwache standalierten die drei noch weiter. Die Folge dieses Exzesses war eine Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes. Die Angelegenheit kam am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Berlin zur Verhandlung. Das Schöffengericht erkannte gegen Wuthe auf nur 40 Mk., gegen Osterland gar auf 30 Mk. Geldstrafe unter Freisprechung von der Anklage des Widerstandes. Der Hauptzeugen Warnick wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Diese milde Betrachtung des groben Exzesses fordert von neuem zu einem Vergleich mit den schweren Gefängnisstrafen heraus, die über Arbeiter verhängt werden, wenn sie in gerechter Entrüstung Streikbrechern ein scharfes Wort zurufen.

Ein Gegenstück zu dem obenstehenden Urteil bildet folgender Fall: Vom Schöffengericht in Emden wurde die Witwe Decker zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil sie die unwahre Behauptung verbreitet hatte, ein Polizeisergeant habe mit ihr in unerlaubtem Verkehre gestanden.

Also ein Jahr Gefängnis für eine törichte Schwätzerei über einen Schutzmann, aber nur geringe Geldstrafen für durch Schutzleute verübte grobe Ausschreitungen! — Ja, ja, die Autorität der hochwohllöblichen Polizei muß gewahrt werden!

Auch eine Beamtenbeleidigung. In Goslar beirat eines Nachts gegen 1 Uhr der Polizeisergeant Pahl das Lokal des Gastwirts Winkelmann und sagte zu ihm: „Sie lassen ja das Instrument (Orchestrion) schon wieder so laut spielen." Der Wirt sagte darauf: „Können Sie denn nicht hören, daß die Trommeln abgestellt sind?" Diese Aeußerung bezeichnete der Polizeisergeant als eine Beleidigung und verhaftete den Wirt, der denn auch bis zum anderen Morgen im Polizeigewahrsam blieb. Die weitere Folge war eine Klage gegen den Wirt wegen Beleidigung des Polizeisergeanten, von der er jedoch von der Strafkammer in Hildesheim freigesprochen wurde. Der Staatsanwalt hatte 50 Mk. Geldstrafe beantragt!!!

Was in der preußischen Bureaukratie alles möglich ist. Infolge der Geisteskrankheit eines Gerichtssekretärs sind, nach dem B. T., im Landgerichtsbezirk Potsdam recht seltsame Verfügungen erlassen worden. Der Obersekretär Kolditz war seit Jahren die rechte Hand des Präsidenten. Vor einiger Zeit starb die Frau des Beamten, und seitdem wurde er immer schwermütiger, bis schließlich der Zustand des Bedauernswerten derartig wurde, daß die Geisteskrankheit offen zu Tage kam. Er wurde in eine Privatheilanstalt nach Charlottenburg gebracht. Kolditz bildete sich unter anderem ein, daß er dem früheren Landgerichtspräsidenten den Adel verschafft habe, und hat in der letzten Zeit seines Dienstes allerlei konfuse Verfügungen an die Amtsgerichte Potsdam, Brandenburg a. H., Rathenow, Luckenwalde, Jüterbog, Belzig, Wer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041206-18/fragment/page=0002

der a. H., Beelitz, Dahme, Treuenbrietzen und Baruth ergehen lassen, die jetzt schleunigst wieder rückgängig gemacht werden müssen.

An Typhus starben in Südwestafrika der Unterveterinär Rechel, der Gefreite Schmidmeier und der Reiter Leipel. — Schwer verwundet wurde der Reiter Bandell.

In den Tod getrieben. In Mainz hat sich vor einigen Tagen der Husaren-Leutnant Fritz Dietz aus Magdeburg erschossen. Da Dietz in durchaus geordneten Verhältnissen lebte, erschien die Tat rätselhaft. Auf den Redaktionen der Mainzer Blätter erschien jedoch ein Husaren-Oberleutnant, der auf sein Ehrenwort erklärte, daß der Selbstmord des Dietz mit dienstlichen Angelegenheiten nichts zu tun habe, daß vielmehr ein Verhältnis, das der Verstorbene mit einer Dame in Wiesbaden unterhielt, den Offizier in den Tod getrieben habe. Die Redaktionen glaubten dem „Manneswort" des Oberleutnants und versprachen ihm, im Interesse der Familie nichts über den Selbstmord des Dietz verlauten zu lassen. Jetzt ist aber der amtlich beglaubigte Abschiedsbrief des verstorbenen Offiziers zur Veröffentlichung gelangt, der folgendermaßen lautet: „Die vernichtende Kritik des Obersten v. B. über meine Abteilung C. heute trieb mich zum Aeußersten. So lange er Kommandeur ist, behandelt er mich — aus persönlicher Antipathie — schlecht, setzt mich zurück und läßt kein gutes Haar an mir. Vier Jahre habe ich mich durchgekämpft und durchgebissen, doch heute bin ich am Ende meiner Kräfte. Die heutige Kritik kann ich nicht ertragen. Sonnabend bekomme ich sicher — egal, wie meine Abteilung ist — dieselbe Kritik. Nun — da könnte ich mich nicht behaupten. — Besser, ich scheide so aus dem Leben, als daß es noch vorher zum Eklat kommt. Die paar kleinen Rechnungen, die noch zu bezahlen sind, liegen auf der linken Seite meines Schreibtisches. In der Kleiderkasse habe ich zirka 500 Mark, ein Freund C. L. hat von mir zum Aufbewahren zirka 800 Mark. In meinem Portemonnaie sind ungefähr 235 Mark. Es ist also mehr bares Geld vorhanden, als die ausstehenden Rechnungen betragen. Ich bestimme, daß meine Braut in Wiesbaden alle Sachen von mir, welche sie zu haben wünscht, bekommt. Dann wünsche ich, daß meine Leiche verbrannt wird. Fritz Dietz, Leutnant Husaren 13, Mainz, den 24. November 1904. Für die Richtigkeit der Abschrift: v. Stockhausen, Major und Adjutant der 21. Division." In diesem Briefe findet sich manches, was die Enthüllungen verschiedener Militärromane, die vom Kriegsminister seinerzeit als boshafte Lügen bezeichnet wurden, nur bestätigen kann.

Zwei Soldatenschinder. Das Kriegsgericht der 3. Division in Landau (Pfalz) verurteilte die Sergeanten Happe und Berneth vom 23. Infanterie-Regiment wegen Soldatenmißhandlung, ersteren in 129 Fällen zu vier Monaten Gefängnis, letzteren in 45 Fällen zu zwei Monaten 20 Tagen Gefängnis.

Ausland.

Oestreich. Prügeleien und Demonstrationen zwischen Deutschen und Tschechen sind in den letzten Tagen in Prag wieder einmal an der Tagesordnung gewesen.

Ungarn. Die bürgerliche Opposition und die Sozialdemokratie. Der Gewaltstreich Tiszas hat den bürgerlichen Oppositionsparteien in Erinnerung gebracht, daß es in Ungarn auch ein „Volk" gibt, und sie rufen dieses Volk nun zu Hilfe gegen den Machthaber. Sie, die sich sonst nie um die Bedürfnisse des Volkes, um die Forderungen der Demokratie gekümmert haben, jetzt suchen sie die Unterstützung der „Massen". Diese Massen aber, das müssen die großen Parlamentarier jetzt erfahren, laufen ihnen nicht mehr nach, sie gehören schon längst zur wahren Volkspartei, zur Sozialdemokratie. Ganz eindringlich wurde dies den Herren zum Bewußtsein gebracht, als sie am vorigen Sonntag das Volk aufriefen, gegen Tisza zu demonstrieren. In der Versammlung der Opposition waren keinesfalls mehr als 3000 bis 4000 Personen anwesend, denn der betreffende Saal faßt nicht mehr. Am darauf folgenden Umzug mögen mit den Spaziergängern und Neugierigen wohl 8000 Personen teilgenommen haben. Zu gleicher Zeit aber hielt die sozialdemokratische Partei im Tattersall eine Versammlung mit darauf folgender Demonstration ab; an dieser haben 45—50000 Personen teilgenommen. In der Provinz herrscht das gleiche Verhältnis; die Redner der Opposition müssen sich eine oder einige Forderungen der Sozialdemokratie mit zu eigen machen, wenn sie mit ihren Versammlungen Erfolg haben wollen. So war der einstige Sozialistenfresser Banffy gezwungen, vor seinen eigenen Wählern mit einem Sozialisten zusammen zu referieren und das allgemeine Wahlrecht zu fordern. In dieser Komik liegt ein sehr ernster Kern, nämlich die Charakteristik der ganzen Situation. Das Volk ist bereits eine zielbewußte Macht, mit der gerechnet werden muß.

Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts würde allein die Möglichkeit bieten, aus der verworrenen Lage wieder herauszukommen. Die bürgerliche Opposition hat, wie schon hervorgehoben, bisher nichts getan, um dieser Forderung des ungarischen Volkes gerecht zu werden; aus kleinlichen, parteitaktischen, vom Klasseninteresse diktierten Gründen hat es die Opposition noch stets verabsäumt, dem Parlamente diese einzige Waffe ernsten Widerstandes zu verschaffen. Die sozialdemokratische Partei hat demnach wenig Ursache, der Opposition in ihrer gegenwärtigen Kalamität beizuspringen, sie hat aber auch politisch Einsicht genug, um ihr keine Hindernisse zu bereiten, im Gegenteil, sie leiht ihr die Unterstützung, drängt sie aber dahin, die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit zu verfechten.

Unsere ungarischen Parteigenossen entwickeln eine fieberhafte Tätigkeit, um die gegenwärtige Lage zur Propaganda für das allgemeine Stimmrecht auszunützen. Ob sie ihr Ziel schon jetzt erreichen, bleibt dahingestellt, sicherlich wird die Partei durch die gegenwärtige Bewegung einen großen Aufschwung nehmen. Uebrigens ist die „große" Mehrheit Tiszas infolge der fortwährenden Austritte aus der liberalen Partei ziemlich zusammengeschmolzen. Zurzeit hat er insgesamt nur noch eine Mehrheit von 33 Köpfen. Wenn daher noch 17 Abgeordnete das Beispiel der Ausgetretenen befolgen würden, dann würde die Zahl der Oppositionellen von 190 auf 207 steigen, diejenige der Regierungspartei hingegen auf 206 herabsinken, was den endgiltigen Sturz Tiszas bedeuten würde. Wie es heißt, soll im Ministerium bereits der Entwurf einer Wahlrechtsreform ausgearbeitet sein.

Frankreich. Jaurès als Duellant. Aus Anlaß der klerikalen Schülermanifestationen vor der Statue der Jeanne d'Arc schrieb Jaurès in der Humanité: „Jetzt fehlt nur noch das übliche Telegramm Deloureddes!" Deroulède sandte darauf ein Telegramm an Jaurès, worin er sagte: „Ich halte Sie, Herr Jaurès, für den abscheulichsten Seelenverkäufer, der je in Frankreich die Geschäfte des Auslandes besorgt hat." Ferner sagte Deroulède, Jaurès habe sich durch sein Auftreten gegen die elsaß-lothringischen Brüder nicht einmal die Achtung seiner deutschen sozialistischen Brüder zu erwerben gewußt.

Jaurès antwortete darauf in einer an Deroulède nach Saint Sebastian gerichteten Depesche, worin es heißt:

„Auf einen harmlosen Scherz antworten Sie mit einer Beleidigung. Ich will die Auffassung, die Sie vom Patriotismus haben, nicht diskutieren. Aber ich kann den Ton Ihrer Depesche nicht akzeptieren, und bitte zwei meiner Freunde, die Deputierten Gabriel Deville und Augagneur, Sie um Genugtuung zu ersuchen. Die sozialistische Partei, der ich angehöre, verurteilt mit Recht diese alberne und barbarische Art, einen Ideenstreit zu entscheiden. Meine Entschuldigung ist aber, daß ich nie jemanden provoziert und nur vor offenbarsten, grundlosesten Provokation weiche. Ich würde diese Provokation nicht beachten, wenn Sie unter normalen Bedingungen mit mir diskutieren könnten. Ihre Eigenschaft als Verbannter untersagt mir das. Ich bitte Sie, meinen Freunden mitzuteilen, mit welchen Ihrer Freunde sie in Verbindung treten können."

Der Anlaß, der zu der Duellforderung führt, ist für Jaurès sehr ehrenvoll. Aber für deutsche Sozialdemokraten ist es ganz und gar nicht verständlich, daß er jetzt den Wahnwitz des Duells erreicht; auch die Gründe, durch die er das jetzige Verhalten entschuldigt, wiegen in unserer Auffassung federleicht.

Italien. Ein Kongreß der Landarbeiter und Halbpächter der Provinz Bologna fand am vergangenen Sonntag in Bologna statt; die Anwesenden vertraten 2000 organisierte Familien. Es wurde beschlossen, in Zukunft nicht bloß das Oberhaupt der Familie, sondern alle männlichen Personen über 18 Jahre zur Organisation zuzulassen. In der Provinz Bologna ist die Bevölkerung, und zwar auch die des Landes stark sozialistisch durchsetzt, wurden doch in dieser Provinz bei den letzten Wahlen 5 Sozialdemokraten gewählt. Diese italienischen Halbpächter (mezzadri) befinden sich in einer großen Abhängigkeit von den Groß-Grundbesitzern; sie pachten von diesen kleinen Teile von Grundbesitz, den sie auf eigene Hand bewirtschaften; andererseits sind sie aber auch auf landwirtschaftliche Lohnarbeiten angewiesen. Auf dem Kongreß wurden neue Grundsätze beraten, nach denen die Pachtungen abzuschließen sind. Nach Artikel I sollen die Verträge über Pachtungen von Grundbesitz nur nach dem System der mezzadria (Halbpacht) abgeschlossen werden. Die Frage der Beschaffung und der Instandhaltung von Werkzeugen, Gerätschaften zur Bearbeitung des Bodens, sowie für den Transport und die Verarbeitung der agrarischen Produkte u. s. w. hat schon häufig die Veranlassung zu Differenzen zwischen Grundbesitzern und den Bauern und Landarbeitern gegeben. Der Kongreß beschloß deshalb, daß die Beschaffung aller jener Utensilien Sache des Verpächters zu sein habe. Die Pachtkontrakte sollen in Zukunft immer vom 1. November bis 31. Oktober abgeschlossen werden, und falls die gesetzmäßige Kündigung nicht erfolgt ist, immer auf ein Jahr weiterlaufen. An dem Kongreß nahmen eine Anzahl sozialistischer Deputierten teil.

Rußland. Der Terror in Warschau. Für Sonntag sollte in Warschau die Garnison mobilisiert und die Stadt in Belagerungszustand versetzt werden, weil man neue Demonstrationen befürchtete. — Bei den letzten Straßenkämpfen sind nach neueren Meldungen zehn Personen getötet und 38 verletzt worden. Von den Verletzten trugen die meisten schwere Schädigungen an ihrer Gesundheit davon. Einem Arbeiter wurde ein Arm buchstäblich abgehauen.

— In Petersburg haben am Sonnabend stürmische Studentendemonstrationen stattgefunden.

Der Krieg in Ostasien.

Vor Port Arthur hat Ende voriger Woche ein Waffenstillstand stattgefunden. Derselbe dauerte nur sechs Stunden und sollte dazu dienen, die Toten und Verwundeten zu bergen. Dieser Umstand kann als Beweis dafür dienen, daß die Kämpfe der letzten Tage ungeheuer verlustreich gewesen sind. —

Vom Kriegsschauplatze in der Mandschurei werden mehrere Vorpostengefechte gemeldet. Den Donkosaken soll es gelungen sein, bei Lidiaujan eine japanische Batterie zu nehmen.

*

Die Bestellungen der russischen Intendantur. Die russische Intendantur ist gegenwärtig eifrig bemüht, den Bedarf an Schuhwerk für die Kriegsarmee auf irgend eine Weise zu decken. Da es aber keine Vorräte gibt, so mußten in der Eile ganz enorme Bestellungen gemacht werden. Die Intendantur will aber möglichst billige Ware haben und achtet sehr wenig auf die Qualität derselben. Von welcher Beschaffenheit das betreffende Schuhwerk ist, beschreibt ein Korrespondent des Kostromski Listok. Viele Dörfer des Kostromer Gouvernements sind jetzt mit der Anfertigung von Filzstiefeln für die Kriegsarmee beschäftigt, welche Stiefel aus Wolle, Erde, Kreide und dergl. zusammengesetzt sind. Solche Stiefel wurden schon auch ehedem produziert und zu auffallend niedrigen Preisen verkauft. So kostete z. B. ein Paar Männerstiefel 80—90 Kopeken, die Stiefel aber waren nur zwei Tage tragfähig, nach dieser Zeit mußte man sie fortwerfen, sie taugten zu nichts. Diese Stiefel wurden im Laufe von vielen Jahren in großen Partien nach verschiedenen Städten des russischen Reichs und nach der Messe von Nischni-Nowgorod geschickt. Jedoch nahm von Jahr zu Jahr der Absatz derselben ab. Und jetzt sind diese Stiefel infolge der Bestellungen der Intendantur im Preise so hoch gestiegen, daß die Kaufleute ihr ganzes Lager von der schon verlegenen Ware befreit haben. Alle Schundware wird jetzt gesammelt und nach dem fernen Osten gesandt. In Schitomir hat die Intendantur Gummimäntel für die Kriegsarmee bestellt. Und nun schreibt das örtliche Blatt Wolhyni, es sei ihm aus unzweifelhafter Quelle bekannt, daß die Gummimäntelfabrikanten die bestellten Mäntel aus Karton verfertigen lassen. Und die Intendanturbeamten nehmen solche Mäntel ohne weiteres in Empfang. Am unerhörtesten ist aber die Sorglosigkeit der Intendantur bei den Bestellungen der Pelzjacken. Die Intendantur bestellte dieselben bei größeren Lieferanten. Die Lieferanten beschäftigen mit dieser Produktion ganze Dörfer des Wladimirer Gouvernements, wobei den Bauern die kleinsten Preise gezahlt werden und extra betont wird, daß es „einer gründlichen Arbeit nicht bedarf". Außerdem werden den Bauern von den Lieferanten solche vermoderten Felle zur Verarbeitung gegeben, daß in den Werkstätten bereits mehrere Milzbranderkrankungen vorgekommen sind, welche einen tödlichen Ausgang hatten. Nun denke man sich, welch einen Ansteckungsherd diese Pelzjacken in der Kriegsarmee bilden werden.

Soziales.

— **Hundefleischkonsum.** Aus der Veröffentlichung über die Zahl der im dritten Quartal 1904 beschauten Schlachttiere ergibt sich, daß die Fleischbeschau auch an 762 Hunden vorgenommen wurde. Das heißt, soviel Hundefleisch ist an die ärmste Bevölkerung verkauft worden. Es ist äußerst beachtenswert, daß hauptsächlich in zwei Gegenden, nämlich in der Provinz Schlesien und im Königreich Sachsen die Hundeschlachtungen am häufigsten vorkommen. Im Königreich Sachsen unterlagen 311, in Schlesien 203 Hunde der Fleischbeschau. Dann folgen Bayern mit 138, Württemberg mit 34 und Anhalt mit 25 Hunden. Da nach dem Fleischbeschaugesetz die sogenannten Hausschlachtungen von der Untersuchung befreit sind, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in der Liste der beschauten Schlachttiere für das dritte Vierteljahr 1904 nur ein ganz geringer Prozentsatz der Hunde zum Vorschein kommt, die zur Fleischnahrung verwendet wurden. Der Hundefleischkonsum muß schon einen gewissen Umfang angenommen haben, der Vertrieb von Hundefleisch muß gewerbsmäßig vor sich gehen, ehe die Hundeschlachtungen in der Fleischbeschaustatistik zum Ausdruck gelangen. Hunde werden meist in Pferdeschlächtereien abgeschlachtet und kommen hier zur Kenntnis der untersuchenden Behörden.

Parteinachrichten.

— **Gemeindewahlen.** Bei der Pirmasenser Stadtratswahl wurden sechs Sozialdemokraten (bisher 1) gewählt. Die übrigen Gewählten sind Liberale. — Bei den Gemeindewahlen in Schwartau bei Lübeck wurden fünf Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt. — In Langensalza wurde bei der Stadtverordneten-Stichwahl Genosse Anton mit 89 Stimmen gewählt. Es zieht somit der erste Sozialdemokrat in das Stadtparlament ein. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Mainz wurden für die gemeinsame Liste der Sozialdemokraten, Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten 5593 Stimmen abgegeben; an 1655 Listen waren Streichungen vorgenommen. Für das Zentrum wurden 2406 Listen abgegeben, darunter 330 mit Streichungen. Vor drei Jahren erhielt das Zentrum 2297 Stimmen, wobei 932 gestrichene Listen waren. Das Zentrum hat sich demnach stark konsolidiert. Die Zahl seiner ungestrichenen Listen stieg von 1365 auf 2076. Die „vereinigten liberalen Parteien" sind dagegen in der Auflösung begriffen, denn sie erhielten vor drei Jahren 6283 Stimmen, darunter 645 gestrichene Listen. Die Zahl ihrer ungestrichenen Listen verminderte sich von 5638 auf 3938, das heißt um 1700.

Die Mainzer Volkszeitung schreibt den Rückgang der mangelhaften Agitation der Liberalen zu. — Bei der Wahl erhielt unsere Partei 6 Mandate, so daß die Gesamtzahl unserer Genossen im Stadtparlament jetzt 10 beträgt. — In Aken, im Königreich Placke, fanden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Ueber das Resultat derselben wird mitgeteilt: Unsere Genossen erhielten 221, 215 und 214, die Gegner 78, 77 und 70 Stimmen. Drei Sozialdemokraten halten also ihren Einzug in dem Gemeindehause, in dem Herr Placke den zweiten Bürgermeister spielt. Eine gute Vorbedeutung für die Reichstagswahl.

— **Die Taktik bei den Gemeindewahlen** wird, wie das Offenbacher Abendblatt ankündigt, auf der nächsten hessischen Landeskonferenz zur Sprache gebracht werden. Die Darmstädter Vorgänge haben übrigens, wie wir aus einer Korrespondenz der Mainzer Volkszeitung ersehen, ein sehr merkwürdiges Nachspiel gehabt. Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Cramer in Darmstadt hatte der Mainzer Volkszeitung einen Artikel zur Rechtfertigung der Darmstädter Taktik eingesandt. In der letzten Partei-Versammlung in Darmstadt beschwerte sich nun Cramer darüber, daß sein Artikel sehr gekürzt und an versteckter Stelle gebracht worden war. Aus diesem Grunde erklärte Cramer, daß er die Mainzer Volkszeitung jetzt auch satt habe und er empfahl ein bürgerliches Lokalblatt zum Abonnement.

Die Mainzer Volkszeitung hält diese Mitteilung ihres Korrespondenten für so unglaublich, daß sie erst abwarten will, was Genosse Cramer dazu sagt.

Dieses Verhalten Cramers wäre, wenn die gegebene Darstellung richtig ist, ebenso unverantwortlich, wie das Verhalten der Darmstädter Parteiführer bei der Stadtverordnetenwahl.

Die Wahl gab übrigens, wie es in dem Bericht heißt, in der Versammlung zu ausgedehnter Kritik Veranlassung und soll nochmals in einer Partei-Versammlung behandelt werden.

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen in Breslau empfiehlt der Vorstand des freisinnigen Wahlkomitees seinen Wählern, für die drei Sozialdemokraten zu stimmen, die in Stichwahl stehen, weil dies für die freisinnigen Wähler gegenüber den ultramontan-reaktionären Kandidaten das kleinere Uebel sei. Nach demselben Grundsatze empfehlen unsere Parteigenossen in einem anderen Bezirk die Wahl des freisinnigen Kandidaten.

Die ultramontane Presse ist darüber wütend und arbeitet mit Zitaten aus dem politischen Kampfe zwischen uns und den Freisinnigen. Das wird unsere Wähler nicht abhalten, der ausgegebenen Parole zu folgen, und ob sich die freisinnigen Wähler dadurch bestimmen lassen, lieber für einen ultramontan-antisemitischen Reaktionär zu stimmen, das wird von ihrer politischen Urteilsfähigkeit abhängen, die allerdings in der Regel sehr mangelhaft zu sein pflegt.

— **Witold Reger,** einer der hervorragendsten und tüchtigsten Kämpfer der polnischen Sozialdemokratie in Oestreich, ist am Mittwoch in Przemysl gestorben. Trotz seiner Jugend — er zählte erst 27 Jahre — war er ein alter Kämpfer für die Partei, in deren vordersten Reihen er seit zehn Jahren stand. Was ihn außer seinen Fähigkeiten der Partei besonders wertvoll machte, war sein unerschrockener Mut. Ihn schreckte nicht der Kerker, ihn machten auch die Gewalttaten der galizischen Militärherrschaft nicht bange, die durch ihre Greuel berüchtigt ist. Mehr als vierzig Prozesse mußte er führen. In vielen wurde er verurteilt. Viele Monate Gefängnis mußte er verbüßen. Von den Geschworenen wurde er immer freigesprochen. Nicht vielleicht, weil die Przemysler Bürger gar so radikal wären; auch nicht, weil seine Beredsamkeit so auf die Geschworenen gewirkt hätte. Aber der kältere, ruhigste Bürger konnte es nicht über sich bringen, dem jungen Feuerkopf unrecht zu geben. Die Bürger von Przemysl kannten ihn. Sie hatten auch manchen Kampf mit ihm zu führen. Aber sie bewunderten sein feuriges Temperament, sie beugten sich vor dem Ideal, das ihnen fremd war, für das sich aber der Mann da vor ihnen mit solch heiliger Begeisterung und mit solcher Selbstlosigkeit opferte.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Als Delegierte für den am 28. Dezember 1904 in Berlin zusammentretenden Parteitag der Sozialdemokraten Preußens empfiehlt der Vorstand die Genossen

August Bretschneider, Groß-Lehna,
und **Conrad Müller,** Schkeuditz.

Ein Delegierter ist nur zu wählen. Wahlberechtigt sind nur organisierte Genossen. Das Resultat der Wahl ist uns bis zum 20. Dezember mitzuteilen.

Der Vorstand.
J. A.: Conrad Müller.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 06-18/fragment/page=0003

Konsumverein für Halle-Giebichenstein u. Umg.

E. G. m. b. H.

Bilanz pro 1904.

Aktiva.		M.	₰	Passiva.	M.	₰
An Kassa-Bestand		4495	88	Per Anteile der Mitglieder	35897	84
„ Waren-Bestand		37948	21	„ Reservefonds	7350	77
„ Utensilien	10588.65			„ Hypotheken	71000	—
10 % Abschreibungen	1058.65	9530	—	„ Dispositionsfonds	1400	60
„ Emballagen		1451	—	„ Kautionen	4000	—
„ Gespann	1978.40			„ Umlaufende Wertmarken	75	—
20 % Abschreibungen	394.40	1584	—	„ Reingewinn	62829	78
„ Fourage		425	—			
„ Maschinen	1965.—					
10 % Abschreibungen	196.—	1769	—			
„ Außenstände für Kohlen		9194	97			
„ Guthaben b. d. Sparkr. des Saalkr.		22428	87			
„ Gebäude Eichendorffstr.	36309.75					
1 % Abschreibungen	363.75	35946	—			
„ Gebäude Körnerstr.	55886.68					
1 % Abschreibungen	558.68	55328	—			
„ Wertpapiere		1496	50			
„ Hauptgeschäft		956	56			
		182553	99		182553	99

Vorstehende Bilanz habe geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Max Kirsten, gerichtlich vereidigter Bücher-Revisor.

Mitglieder-Bestand.

Bestand am Anfang des Geschäftsjahres 1903/04		2275 Mitglieder
Neu eingetreten im Laufe des Geschäftsjahres		194 „
		2469 Mitglieder
Ausgeschieden durch Kündigung	168	
„ „ Tod	14	182 Mitglieder
Bestand am 1. Oktober 1904		2287 Mitglieder

Die Geschäftsguthaben verringerten sich um . . . . 1329.20 M.

Die Haftsumme

betrug am 1. Oktober 1903	68250 M.
vermehrte sich um	5820 „
Summa:	74070 M.
verringerte sich durch 182 ausgeschiedene Mitglieder um	5460 M.
betrug am 1. Oktober 1904	68610 M.

Der Vorstand.

R. Schulze. Br. Rammler. C. Degenkolbe.

Die Auszahlung der 12½ % Dividende

welche auf Grund vorstehender Bilanz von der, am 2. Dezember stattgefundenen General-Versammlung beschlossen worden ist, erfolgt in der Zeit vom **Mittwoch den 14. bis Sonnabend den 17. Dezember** in der, im gedruckten Geschäftsbericht angegebenen Reihenfolge.

Donnerstag, 8. Dezbr., abends 8½ Uhr, im Golden. Hirsch, Leipzigerstr.

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. **Die neue Militär-Vorlage.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Grenz.** 2. Diskussion.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Der Einberufer.**

Verband der Bau-, Erd- u. gewbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Halle a. S.

Dienstag den 6. Dezember abends 8½ Uhr im „Engl. Hof", Großer Berlin 14

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskartell und Neuwahl derselben.
3. Beschlußfassung über diejenigen Mitglieder, welche dem Beschluß, die Streikfondsmarken betr., nicht nachgekommen sind.
4. Verbandsangelegenheiten.

Es wird jeder ersucht, pünktlich zu erscheinen. Hauptsächlich jeder Unterkassierer ist verpflichtet anwesend zu sein.

Der Bevollmächtigte.

Zeitz. **Kämpfes Restaurant u. Variété.** Zeitz.
Schützenstraße 8.

Neu! Neu! Neu!

Die Russen sind da!

Das erste Mal in Zeitz.

Von **Mittwoch den 7. Dezember** und folgende Tage wird sich das russische **Gesangs- u. Tanz-Ensemble Maximoff u. Romanoff,** bestehend aus 2 Damen und 2 Herren, mit seiner vorzüglicher **National-Gesängen und Tänzen** produzieren.

Auftreten verschiedener Künstler und Komiker.

Um zahlreichen Besuch bitte **Konrad Kämpfe.**

Pfd. 1 Mk. **Baum-Konfekt** Pfd. 1 Mk.
nur gutschmeckender Baumbehang.

Johs. Wilhelms Konditorei Leipzigerstraße 59.

Gold. Klemmer Freitag vormittag 9—10 Uhr verloren. Geg. Belohnung abzugeben **Neunhäuser 3, II.**

Herren- und Damenkleidung zu verkaufen. **Große Brauhausstraße 8.**

Kaufe stets

Wäscheschränke, Kastenregale, Ladentische ganze Nachlasse von Möbeln, Pianinos, Geldschränke usw.

Friedrich Peileke,
Telephon 2450. Halle a. S. Geiststr. 25.
NB. Kaufe auch stets
ganze Lager
neuer Möbel.

Gebr. Sofa 27 M., Sofatisch 10 M., 2 Pfeilerspiegel 12 u. 15 M., Kleiderschrank 24 M., Rohrstühle à 3.50 M., Kleidersekretär mit Säulen 30 M., Küchenschrank, Küchentisch, auch empf. **neue Möbel** aller Art, billig u. reell.

Max Jungblut, Buchererstr. 31.

Kaufe stets gebr. Möbel, a. nehme dieselbe in Zahl. Transp. frei.

Zeitz. Zeitz.
Frank & Schneble

Wasservorstadt 8.

1904 Weihnachts-Verkauf 1904

zu ganz besonders billigen Preisen.

6 % Rabatt oder Konsumvereinsmarken.

Großartige Geschenke u. Fahrtvergütung bei entsprechendem Einkauf.

Besonders billig:

Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Rockstoffe, Wäschestoffe, Hemden, Schürzen, Nachtjacken Zuavenjäckchen, Kopf- und Ballshawls, Handschuhe, Strümpfe, Hosenträger, Schlipse, Wäsche, Unterzeuge etc.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Dienstag den 6. Dezember
82. Abonn.-Vorstell. 2. Viertel.
Beamtenkarten ungiltig.
Gastspiel des Charakterkomikers Karl William Büller.

Großmama.

Ein Junggesellenschwank in 4 Akten von M. Dreyer.

Mittwoch den 7. Dezember
83. Abonn.-Vorstell. 3. Viertel.
Beamtenkarten giltig.

Mignon.

Oper in 3 Akten v. Ambroise Thomas.

Neues Theater, Halle a. S.

Dienstag und Mittwoch
Gastspiel Celia Galley als **Sarah Bernhardt, Rejane Otero, Yvette Guilbert** 2c. Hierzu:
Dienstag: **Ein kritischer Tag.**
Mittwoch: **Ein toller Einfall.**
Preise nicht erhöht.

Walhalla-Theater.

Gastspiel

Bernardi.

Am 10. Dezember cr.

Benefiz
der
Bogdani-Truppe
mit **Martha Walde** zu Pferde.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Yeotka, unter Assistenz von **Captain Crabe.**
Indianische Szenen.
Jos. Golemann, mit seiner **Pracht-Meute von Hunden und Katzen.**
Abendlich: **Jubelnder Beifall!**
3 Sisters Ernesto, Drahtseil-Künstlerinnen
3 Garganys, kom. Gentleman-Akrob.
nebst dem übrigen
Pracht-Programm.

Welt-Panorama Gr. Ulrichstr. 6, I. Geöff. v. 2—10.

Harz: Kyffhäuser, Stolberg, Iselder Tal, Lauterberg, Sachsa.

Kaiser-Panorama Leipzigerstr. 88, I. Geöff. v. 2—10.
Kriegsschauplatz II
in der Mandschurei und Korea.
Port Arthur, Mukden, Wladiwostok.

Dienstag
Schlachte-Fest.
D. Köllmann.
Richard Wagnerstraße 34.

Schwan

SEIFEN-PULVER

das beste Waschmittel der Welt

Zu haben in den meisten Geschäften.

C. Wagner,

Halle a. S., Unterberg 8, p.,
bringt sich hiermit zur Anfertigung und Lieferung von
Herren-Garderoben
in empfehlende Erinnerung. Wie bekannt streng reelles Lieferungsprinzip mit nur sauberer Ausführung.

Süddeutscher
Postillon
Nr. 25.
Preis 10 Pfg.
ist erschienen und zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Süßrahmbutter täglich frisch 10 Pfd. Colli M. 7.00. **Landkuhbutter** M. 6.00. Blumenhonig 10 Pfd. M. 4.30. Zur Probe 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Honig M. 5.30. **Versandhaus Nagler, Tluste** via **Oberberg** 5.

Puppen-Betten,

Oberbett, Unterbett, 2 Kissen mit Ueberzug 2 Mark.

Eduard Graf,
Betten-Spezial-Geschäft.
Marktplatz 11.
Puppen-Mäntel.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 06-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 286. Halle a. S., Dienstag den 6. Dezember 1904. 15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung. Sonnabend, den 3. Dezember 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Freiherr v. Stengel, v. Einem, Freiherr v. Rheinbaben, v. Tirpitz u. s. w.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Lesung des Etats

für 1905, des Etats für Schutzgebiete für 1905, des Nachtragsetats für Reich und Kolonien (Südwestafrika) für 1904, des Quinquennatsgesetzes und des Gesetzes betreffend Festlegung der zweijährigen Dienstzeit.

Reichsschatzsekretär **v. Stengel**: Das Etatsjahr 1903 schließt mit einem Fehlbetrage von 6½ Millionen Mark. Ueber das mutmaßliche Ergebnis des Etatsjahres 1904 kann ich Ihnen naturgemäß keine genaue Angaben machen, da noch viel unsichere Schätzungen und schwankende Faktoren in Betracht kommen. Einen erheblichen Mehrertrag — 14 Millionen — wird die Zuckersteuer bringen: ein sicherer Beweis, daß wir mit der Reform der Zuckergesetzgebung den rechten Weg eingeschlagen haben. (Sehr richtig! links.) Ebenso werden die Salzsteuer, die Stempelsteuer, die Brau- und die Brennsteuer Mehrerträge liefern; auch der Reichsanteil an Reingewinn der Reichsbank verspricht einen Mehrertrag. — Es gibt jedoch im Reichshaushalt nicht bloß Mehreinnahmen: es gibt bedauerweise auch Mindereinnahmen. (Heiterkeit.) Die Getreidezölle sind bis Ende Oktober gegen das Vorjahr um 12½ Millionen zurückgeblieben. Weiter sind Mindereinnahmen bei der Tabak- und der Schaumwein-Steuer zu verzeichnen; es wird doch weniger Champagner getrunken, als die Herren Gesetzgeber geglaubt haben. (Heiterkeit.) Im ganzen schließen die Einnahmen mit einem Mehr von rund 11 Millionen Mark ab.

Ich komme nun zu den Ausgaben. Ueber die Hälfte des Ueberschusses wird durch Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgabepositen aufgezehrt. Die Kosten für die Welt-Ausstellung in St. Louis wurden um einige 100000 Mark überschritten wegen der daselbst enorm hohen Arbeitslöhne. Die Zeit finanzieller Ebbe, in der wir leben, die beträchtlichen Ausgaben für Südwestafrika u. s. w. werden uns vielleicht nötigen, um die Reichsbank zahlungsfähig zu machen, bis an die äußerste gesetzliche Grenze der Begebung der Schatzanweisungen zu gehen, ja, ev. vorübergehend eine gesetzliche Erweiterung dieser Grenze zu erbitten (Hört, hört!). Der Rest des Mehrertrags wird verfassungsmäßig den Bundesstaaten überwiesen werden; sie werden aber wenig Freude daran haben, da ihnen voraussichtlich so ziemlich derselbe Betrag bei den Ueberweisungen fehlen wird. Sie werden daher 1904 ebenso belastet bleiben wie zuvor.

Nun zu dem vorliegenden Etatsentwurf. Ich halte es für angebracht, jede Schönfärberei zu unterlassen. (Lebh. Beif. b. Zentr. und bei den Nationall.) 46½ Millionen Mark für die Neubewaffnung des Heeres hat die Regierung auf den außerordentlichen Etat übernommen; sonst würde der ordentliche Etat ein noch früheres Bild aufweisen. 24 Millionen vom Defizit — das Aeußerste, was sie konnten — haben die Bundesstaaten als ungedeckte Matrikular-Beiträge übernommen; 51 Millionen Mark müssen durch eine Zuschuß-Anleihe aufgebracht werden; der gesamte Anleihe-Bedarf beläuft sich auf 293 Millionen Mark. Für Südwestafrika sind 48¾ Millionen gefordert, während 76½ Millionen Mark für die Zeit vom 25. März 1904 bis Ende Oktober für diese Kolonie erforderlich waren. Die Verwaltung des Reichsheeres ergibt ein Mehr an fortdauernden Ausgaben von 16¾ Millionen Mark; für die Marine sind 6 Millionen erforderlich. Es ist mehr eine Hoffnung als eine Erwartung, daß die Veranschlagungen des Etats, namentlich des Kolonialetats, ausreichen werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Anwachsen der Erfordernisse der Reichsschuldenverwaltung sollte für uns eine Mahnung sein, **mit der Kontrahierung von Schulden nicht in der bisherigen Weise fortzufahren.** (Stürm. Zust. b. d. Soziald.), sondern an die baldige Einrichtung einer planmäßigen Schuldentilgung zu denken. (Demonstratives Sehr richtig! rechts.)

Im Post- und Telegraphen-Etat findet sich diesmal die dringend vom Reichstage gewünschte Vermehrung der Stellen der Ober-Post- und Telegraphen-Sekretäre, sowie der Unterbeamten. Die Lage des Reichsinvalidenfonds wird trotz seiner Entlastung von Jahr zu Jahr unhaltbarer; seine völlige Aufzehrung steht für das Jahr 1910 bevor (Hört, hört! in der Mitte); nicht über 1906 heraus darf gewartet werden, der Kalamität vorzubeugen, die die Uebernahme einer so erheblichen Ausgabe auf den allgemeinen Etat bedeuten würde. — Bei der Veranschlagung der Einnahmen haben wir die Frage offen gelassen, ob die infolge der Einführung des neuen Zolltarifs zu erwartende zeitweilige Verschiebung der Wareneinfuhr eine erhöhte Einnahme in Aussicht stellt.

Wenn wir unsere Blicke über 1905 hinaus in die Zukunft richten, dann eröffnet sich für uns **eine recht trübe Perspektive.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Niederwerfung des südwestafrikanischen Aufstandes wird zwar eine wesentliche Minderung der außerordentlichen Ausgaben herbeiführen, aber an eine Verbesserung des ordentlichen Etats ist nicht zu denken. So wie bisher, kann es nicht weiter gehen. (Lebh. Zustimmung im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen alles daran setzen, um wieder auf eine solide Basis zu gelangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das beste Mittel, die Finanzen zu verbessern, ist ohne Zweifel die Sparsamkeit. (Gr. Heiterkeit.) Auf diese hinzuwirken, habe ich vom ersten Tage meiner Amtsführung an als meine Pflicht betrachtet. Aber der Sparsamkeit sind Grenzen gesetzt, die wir im Interesse des Reichswohls niemals überschreiten dürfen. So dürfen wir namentlich nicht die Erhaltung und Fortentwickelung der Wehrkraft des Reiches durch falsch angebrachte Sparsamkeit schädigen wollen. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In Bezug auf die Kolonien können ja die Meinungen darüber geteilt sein, ob der Erwerb gut war. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt haben wir sie aber einmal und da gebietet die nationale Ehre, sie festzuhalten. Ich habe die Empfindung, daß die verbündeten Regierungen weit mehr zur Sparsamkeit neigen, als die Mehrheit des Reichstages. (Große Heiterkeit und Widerspruch links.) Nun, mindestens aber ebenso. (Erneute Heiterkeit.) — Wir kommen auf keinen Fall um eine dauernde Verbesserung unserer Reichsfinanzen herum. Zwar stellt der neue Zolltarif erhöhte Einnahmen in Aussicht; ich möchte aber davor warnen, allzu große Hoffnungen auf ihn zu setzen. (Heiterkeit links.) War doch die Verfolgung finanzpolitischer Ziele nicht die Aufgabe unseres neuen Zolltarifs: hat doch der Reichstag bei den eigentlichen Finanzzöllen einige Ermäßigungen vorgenommen. Dazu ist der Mehrertrag der Getreidezölle zum größten Teile für soziale Zwecke bestimmt; ich will nur hoffen, daß dieser im voraus thesaurierte Fonds nicht ein ähnliches Schicksal wie der Reichs-Invalidenfonds erleidet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Vorläufig ist nur eines sicher: neue Aufwendungen stehen für das Reich bevor, so die in diesem Etat noch nicht enthaltene Erhöhung der Militärpensionen, die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, der wachsende Reichszuschlag für die Invaliden und Veteranen, von der vertagten Vermehrung der Auslandsschiffe ganz abgesehen. Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn das Mehrerträgnis der Zölle das vorhandene Defizit auch nur einigermaßen deckte. Vorläufig aber fehlt mir der Glauben. Ich fürchte, daß es beim Defizit bleibt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden auf neue Maßnahmen zu sinnen haben; unbedingt aber werden wir uns zur Nichtsnutz machen: schonende Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich Schwachen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Kriegsminister **v. Einem**: Die vorliegenden Forderungen der Militärverwaltung enthalten nicht einmal ganz das, was ich schon im Februar d. J. in der Budgetkommission in Aussicht gestellt habe. Ueber die Notwendigkeit einer starken Armee für Deutschland brauche ich nicht zu sprechen. Die Wehrkraft der uns umgebenden großen Militärstaaten ist so bedeutend, daß wir sie zahlenmäßig nie erreichen können. Deshalb müssen wir den innern Wert unserer Armee und ihre Organisation verbessern. Dieser Absicht dienen die beiden Gesetze: Das Quinquennat und die gesetzliche Festlegung der 2jährigen Dienstzeit. Das Quinquennat ist die organisatorische Entwickelung des bereits Vorhandenen, ist die Beseitigung der Unzulänglichkeiten, die der Armee noch anhaften. Noch kann man keine sicheren Schlüsse aus dem russisch-japanischen Kriege ziehen; aber eins ist gewiß: diejenige Armee, die die fester gefügte Formation besitzt, ist der andern Armee mit schwächerer Organisation überlegen. Die Organisation unseres Heeres läßt noch manches zu wünschen übrig. Wir haben vor sechs Jahren Divisionen geschaffen, die es aber in Wirklichkeit nicht sind (Reichskanzler Graf Bülow erscheint). Die Divisionen sollen selbständig operierende Gefechtseinheiten darstellen und müssen schon im Frieden aus allen Waffengattungen bestehen. Wir haben aber Divisionen, die weder Infanterie in der nötigen Stärke noch die erforderliche Kavallerie besitzen. Unter Beibehaltung der jetzigen Präsenzziffer lassen sich die neuen Bataillone nicht bilden. Wir hatten ja aber noch beweisenermaßen eine Forderung von 7000 Mann aufstehen (Heiterkeit links). Sie sind uns seinerzeit verloren worden, wenn wir die Notwendigkeit nachweisen. Das können wir jetzt! Jedenfalls können wir jetzt nicht die Neuformationen durch Herabsetzung der Etats der Infanterie schaffen. Daß ein Kavalleriemangel besteht, ist bekannt. Deshalb ist ja seinerzeit die Eskadron Jäger zu Pferde geschaffen worden. Es ist falsch, wenn die Freis. Ztg. schreibt, die Kavallerievermehrung erfolge trotz der ungünstigen Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges, weil sie eine „Lieblingswaffe" sei. Angesichts der Finanzlage des Reiches fordern wir nur wirklich Wesentliches, und etwas Wesentliches ist die Kavallerie. Vor der Oeffentlichkeit kann ich über die Notwendigkeit einer weitgehenden Verwendung der Kavallerie nicht sprechen; in der Kommission aber will ich gern den nötigen Aufschluß geben.

Noch ein Wort über die Jäger zu Pferde. Der Gedanke bei Schaffung dieser Truppe war der, vorzügliches Material zur Verwendung im Walde und Ordonnanzdienst zu gewinnen. Dieser Zweck ist erreicht. Wenn wir genügend Kavallerie-Regimenter hätten und überhaupt luxuriös leben könnten, wäre es sehr schön, wenn jeder Infanterieoffizier seinen ausgebildeten Ordonnanzdienst hätte. Aber davon sind wir längst aus Sparsamkeit abgegangen und haben die Jäger zu Pferde in ganzen Eskadrons den Infanterieregimentern beigegeben. Wir wollten zugleich die Kavallerie- wie die Infanteriedivisionen verstärken, aber dazu hätten wir die Zahl der Jäger zu Pferde in viel schnellerem Maße vermehren müssen. Jetzt werden wir sie aufheben müssen. Auch die Telegraphenabteilung genügt nicht, wie ich in der Kommission nachweisen werde.

Ich wende mich nun zur zweijährigen Dienstzeit. Es handelt sich einfach darum: ist die Aussicht zu siegen größer mit einer Armee von nur 20000 Mann mit dreijähriger Dienstzeit oder mit einer Armee von 30000 Mann mit nur zweijähriger Dienstzeit. Man hat sich für das letztere entschieden; das ist der militärische Grund für die Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit. Sie besteht nun provisorisch schon 11 Jahre und die dabei erzielten Resultate in der Ausbildung der Truppen sind durchaus befriedigende gewesen. Aber dieses Resultat ist nur erreicht worden durch besonders große Anstrengung des Ausbildungspersonals. (Sehr richtig! rechts.) Das Endurteil über die zweijährige Dienstzeit wird nur der Krieg geben können, wie der Krieg seinerzeit die Zweckmäßigkeit der dreijährigen Dienstzeit erwiesen hat. Jedenfalls geben wir mit der dreijährigen Dienstzeit Bedeutendes auf und müssen als Ausgleich erhöhte Mittel fordern, um die Ausbildung der Truppen immer mehr zu fördern. Die Truppen dürfen nicht nervösem Ausbildungspersonal überantwortet werden, die Ausbildung muß in Ruhe vor sich gehen. Der Massendrill genügt heute nicht mehr, nebenher muß gehen die individuelle Ausbildung des einzelnen Soldaten für das Gefecht. Die Autorität in der Armee muß begründet sein auf unbedingtes Vertrauen, auf die Gewöhnung an unbedingten Gehorsam und auf die Lebhaftigkeit eines Standesbewußtseins, das nur erzeugt werden kann durch Tradition und Ehrbegriffe, die sich erst einstellen in späterer Dienstzeit bei Leuten, die ihre dienstlichen Verrichtungen vollkommen beherrschen. Der Unteroffizier von heute soll eine Persönlichkeit sein, die versteht, den Mann zu leiten. Unser Rekrutenmaterial ist heute intelligenter, gebildeter, feinfühliger geworden, auf der anderen Seite aber auch verdrießlicher, unlustiger; wir müssen mit Leuten rechnen, die sich innerlich nur widerwillig der Disziplin unterwerfen. (Sehr richtig! rechts.) Auch hierdurch sind die Anforderungen an das Ausbildungspersonal außerordentlich gewachsen. Aber leider fehlt es an geeigneten Unteroffizieren. Bei unserer hochentwickelten Industrie, wo jeder intelligente, tüchtige Mann lohnende Arbeit findet, sind es nicht die Besten, die als Unteroffiziere bei uns bleiben. Wir müssen deshalb den Unteroffizieren eine gesicherte Existenz bieten und deshalb verlangen wir ein besseres Gehalt für sie. (Sehr richtig! rechts.) Weiter brauchen wir zur Ausbildung der Truppen im Gefechtslärm Schießstände und Gelände. Auch die Uebungen des Beurlaubtenstandes müssen verbessert werden. Weiter sorgen wir für eine bessere Bewaffnung der Armee mit dem Gewehr 98. Das ist kein neues Gewehr: wir haben schon seit einigen Jahren begonnen, unsere Truppen damit auszurüsten. Es hat sich in Südafrika ausgezeichnet bewährt. Schließlich soll das Rohrrücklaufgeschütz eingeführt werden.

All diese Verbesserungen kosten Geld, aber es wird sich sicher lohnen, sollte es einmal nötig sein, die Existenz des deutschen Volkes mit dem Schwerte in der Hand zu verteidigen. (Bravo! rechts u. im Ztr.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Bautenkontrolle in Halle a. S.

Die Bauarbeiterschutz-Kommission beschloß in ihrer letzten Sitzung am 13. November, im Dezember eine Bautenkontrolle vorzunehmen. Dieselbe hat vom 1.—3. Dezember stattgefunden. Die Kontrolle wurde von einem Maurer, einem Maler und einem Steinsetzer ausgeführt.

Kontrolliert wurden 84 Hochbauten und 4 Tiefbauten. Die Baustellen befinden sich:

im Kellergeschoß	5 Stück,
in Parterre	1 „
in der I. Etage	7 „
in der II. Etage	1 „
in der III. Etage	4 „
im Dachgeschoß	7 „
im Rohbau	11 „
im inneren Ausbau . . .	23 „
zum Verputzen	25 „

a) Rüstungsbau.

Der Rüstungsbau wird so leidlich nach den polizeilichen Bestimmungen ausgeführt, die Standbäume haben eine Entfernung von einem zum andern im Lichtmaß 2,50 bis 3 Meter. Die kreuzweisen Abschwartungen werden zum größten Teile erfüllt, jedoch muß darüber Klage geführt werden, daß in verschiedenen Fällen Dachlatten oder Deckenschalung verwendet wird. Das muß absolut verworfen werden, da an Haltbarkeit und Standhaftigkeit nicht zu denken ist. Von den Unternehmern wird dieses nur angewendet, um den Schein zu erwecken, daß die Bestimmungen erfüllt sind. Zum Befestigen der Gerüste werden Hanf- oder Drahtstränge benutzt. Im weiteren muß darüber Klage geführt werden, daß beim Pfropfen der Standbäume unter denselben sehr wenig Klammern oder Knaggen verwendet werden, meist war von beiden nichts vorhanden.

Die Schutzgerüste waren zum größten Teil vorhanden, jedoch muß bemerkt werden, daß viele derselben zu schmal waren.

Als fehlend sind sie zu bezeichnen bei den Unternehmern
Gittel, Seebenerstraße,
Haring, Freiimfelderstraße,
Pfeiffer, Leipziger Chaussee,
Zander, Ernst Moritz Arndtstraße, zu schmal,
Müller, Pfännerhöhe, nicht vollständig,
Seifert, Eisenbahnstraße, nicht vollständig.

Die Abstakungen der Balken ließen viel zu wünschen übrig, bei den Unternehmern Jänicke, Liebenauerstraße, und Seifert, Eisenbahnstraße, war der halbe Bau noch offen, gleichzeitig waren die Kellerräume nicht abgedeckt. Die Kalkgruben waren zum größten Teil mit Bohlenbelag versehen. Bei dem Unternehmer Haring, Raffineriestraße, lagerte Rüstholz auf den Treppen und die Absperrungen von Balkon und Treppenhausöffnungen waren nicht vorhanden.

Die provisorischen Treppengeländer fehlten auf 21 Baustellen und zwar bei
Unternehmer Haring, Raffineriestraße,
„ Roiche, Sandberg,
„ Otto Büchel, Dzondistraße,
Maurermstr. Grote, Halberstädterstraße,
Unternehmer Henze, Nudolf Haynstraße,
„ Kühm, Pfännerhöhe,
„ Müller, „
„ Fritz Später, Hafenstraße,
„ Fritz Büchel, Buchererstraße,
„ Burghardt, Reilstraße,
„ Türing, Reilstraße,
„ Schulze, Leipzigerstraße,
„ Baumgärtel, Leipzigerstraße,
„ Köderitzsch, Dessauerstraße,
„ Büchel, Pestalozzistraße,
„ Radegast, Jakobstraße,
Meister Schönemann, Steinweg (Sinterhaus),
Unternehmer Hilpert, Hallorenstraße,
„ Röhling, Berlinerstraße,
„ Reichelt, Freiimfeldterstraße,
„ Brömme, Landsbergerstraße.

b) Baubuden.

Auf den 88 kontrollierten Baustätten wurden 82 Baubuden vorgefunden, auf 4 Baustätten waren keine Baubuden vorhanden, davon waren heizbar alle.

	mit Fußboden	ohne Fußboden
Bretterbuden	20	13
im Keller eingerichtet	7	7
im Parterre „	10	2
in der I. Etage eingerichtet	7	—
im Boden eingerichtet	2	—
im Vorderhaus eingerichtet	1	—

Keine Baubuden hatten der
Unternehmer Haring, Raffineriestraße.
Unternehmer Recke, Dryanderstraße.
Tiefbau Reinitz, Sandberg.
Tiefbau Reinitz, Hafenstraße.

Als schlecht zu bezeichnen sind die Baubuden bei dem Maurermeister Friedrich, Pfälzerstraße, zu klein.
Unternehmer Büchel, Pestalozzistraße, ohne Ofen u. Tür.
„ Gittel, Seebenerstraße, schmutzig.
„ Zander, Ernst Moritz Arndtstraße, naß, klein und dunkel.
„ Schöne, Dessauerstraße, keine Bänke u. Tische.
„ Holland, Hirtenstraße, schmutzig, naß.
„ Knöchel, Gojometer, regnet durch.
„ Hilpert, Hallorenstraße, dunkel.
„ Bode, Brüderstraße, lagert Material.
„ Haring, Dieskauerstraße, schmutzig, eng, naß.
„ Bongoll, Krukenbergstraße, lagert Handwerkszeug.
„ Grote, Halberstädterstraße, ohne Ofen.

Die Bierkasten und die Fleischenkasten nehmen zum größten Teil in der Baubude den Raum in Anspruch.

c) Aborte.

Die Aborte entsprechen meistenteils nicht den polizeilichen Bestimmungen, da dieselben nur in wenigen Fällen verschließbar und vor Zug und Wetter geschützt sind. Auf 88 kontrollierten Bauten wurden 73 Aborte vorgefunden, davon waren
61 Gruben-System
8 Tonnen- „
4 Wasserspülung.

Als schlecht zu bezeichnen sind sie bei den Unternehmern:
Bode, Brüderstraße (ohne Rücklehne)
Büchel, Landsbergerstraße (es regnet durch)
Teinert, Sagisdorferstr. (fehlen mehrere Bretter)
Haring, Raffineriestr. (fehlt die Tür)
Haring, Dieskauerstr. (fehlen die Tür und die Bretter von Seitenwänden)
Bongoll, Krukenbergstr. (bricht bald zusammen, ohne Tür)
Büchel, Otto, Dzondistr. (zum Umfallen)
Grote, Halberstädterstr. (ohne Rücklehne, nur eine Latte)
Büchel, Fritz, Buchererst. (es regnet durch)
Schöne, Dessauerstr. „ „ „
Köderitzsch, „ „
Gittel, Seebenerstr. (schlechter Zugang)
Stammer, Gartenstr. „
Friedrich, Pfälzerstraße (zum Einstürzen, ohne Rücklehne, lustig)
Pfeiffer, Gasanstalt (halbes Dach, regnet durch).

d) Unfallverhütungsvorschriften

waren auf 59 Baustellen ausgehängt, auf 29 Baustellen fehlten dieselben und zwar bei den Unternehmern: Knöchel, Bode, Friedrich (Maurermstr.), Stammer, Henricke, Vetter, Ruhe, Zander, Schulze, Baumgärtel, Köderitzsch, Schöne, Schönemann (Maurermstr.), Bode, Brüderstr., Haring, Büchel, Reichelt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 06-18/fragment/page=0005

Winter, Landsbergerstr., Teinert, Sagisdorferstr., Horn und Reichmeister, Dohme, Schütze, Recke, Kühne, Henze, Bongoll, Offelmann, Haring, Raffineriestr., bei Haring, Dieskauerstr., wird dieselbe zum Notieren des Skates verwandt.

e) Verbandzeug und Medikamente

soll bei Unglücksfällen als erste Hilfeleistung verwendet werden, und muß zu diesem Zwecke in einem reinlichen Kasten aufbewahrt werden und leicht zugänglich sein, aber in dieser Beziehung wird sehr viel gesündigt. Die Kontroll-Kommission hat recht traurige Erfahrungen gemacht, indem zum größten Teil das Verbandzeug lose auf Tischen oder Handwerkskasten herum im Schmutze lag, sogar nur Heftpflaster in den Taschen des Poliers vorgefunden wurde, weiter ist vielfach beobachtet, daß nur die leere Karbolflasche, oder nur etwas Watte, sogar auf einem Bau (Seifert) essigsaure Tonerde verwandt wird. Alles gut vorgefunden wurde bei dem Unternehmer Katicke (Tiefbau), daselbst waren zwei Verbandskasten in der Größe 40×40 Zentimenter im Quadrat, verschließbar und in denselben nochmals zwei Zinnkasten, worin sich eine vorzügliche Apotheke befand. Auf 26 Bauten war Verbandzeug nicht vorhanden und zwar bei Holland, Schöne, Köderitzsch, Baumgärtel, Zander, Döring, Püschel, Vetter, Stammer, Rosche, Offelmann, Haring, Kaufmann, Horn u. Reichmeister, Teinert, Winter, Landsbergerstraße, Radegast, Eckhardt, Müller, Bongoll, Später, Grote, Gebhardt, Otto Büchel, Stejskal.

Soweit die Innenarbeiter, wie Maler, Töpfer, Stukkateure in Betracht kommen, waren die Fenster überall eingesetzt, nur die Türen fehlten zum größten Teile. Es ist zu bemerken, daß die Malergerüste sowie die der Stukkateure sehr leichtsinnig und gefährlich hergestellt sind; hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden, denn diese einfachen Brettergerüste müssen verschwinden, schon oft trugen die Arbeiter selbst die Schuld, weil man oft zu bequem ist, stabiles Rüstholz zu besorgen.

Am traurigsten von allen geht es den Steinsetzern. Bei Neupflasterung der Straßen sind wohl dann und wann Buden hergestellt, aber wenn man diese betrachtet, so sind das keine Unterkunftsräume, sondern darin lagert Material und Handwerkszeug und sonstige Gerätschaften; von Aushängen der Unfallverhütungsvorschriften und Verbandzeug fehlt jede Spur.

Die Bauarbeiterschutzkommission ersucht dringend alle auf Bauten beschäftigten Arbeiter, darauf zu dringen, daß die gegebenen Bestimmungen, welche ganz minimal sind, voll und ganz von den Unternehmern innegehalten werden.

Die Bauarbeiterschutz-Kommission. D.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Strafbare Berichterstattung. Die Mecklenburgische Volkszeitung hatte über eine Verhandlung in der Rostocker Bürgervertretung (Gemeinderat) berichtet. In dem Bericht wurden auch Ausführungen eines Mitgliedes dieser Körperschaft wiedergegeben, durch die ein Stadtsyndikus beleidigt sein soll. Ein dortiger Restaurateur hatte vor Gericht in einer Konzessionssache Angaben gemacht, die so zu deuten waren, daß der Stadtsyndikus bei der Konzessions-Erteilung pflichtwidrig gehandelt habe. Diese Angelegenheit war in Rostock viel besprochen worden, und dies brachte der Bürgervertreter Starrosson in der Sitzung zur Sprache. Auf seinen Antrag setzte das Kollegium eine Untersuchungskommission ein. Die Mecklenburgische Volkszeitung hatte darüber ganz objektiv berichtet und obendrein gesagt, Starrosson habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er glaube, der Syndikus sei zu unrecht verdächtigt worden.

Dadurch soll der verantwortliche Redakteur Genosse Henck den Syndikus beleidigt haben, und der Rat der Stadt stellte gegen ihn Strafantrag. In der Verhandlung stellte selbst der Staatsanwalt die Entscheidung dem Gerichtshof anheim. Es lasse sich nicht verkennen, so führte dieser aus, daß die Angelegenheit geeignet gewesen sei, die Oeffentlichkeit zu beschäftigen, und da der Bericht der Mecklenburgischen Volkszeitung sich absichtlich von jeder persönlichen Verunglimpfung des Syndikus fernhalte, auch in der Form nicht beleidigend sei, so habe der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, wenn man nicht annehme, daß aus dem Ton desjenigen Teiles des Berichts aus der Bürgervertretung, welcher sich nicht auf den Syndikus beziehe, die Absicht der Beleidigung desselben folge.

Trotzdem erkannte die Strafkammer auf eine Geldstrafe von 100 Mk. mit der Begründung, der Angeklagte hätte den Beamten verdächtigt und verächtlich gemacht.

§ Hamburger Versammlungsfreiheit. In einer am Montag abend stattgefundenen und von etwa 500 Personen besuchten Volksversammlung der Hamburger Freidenker verlas in der Debatte Frau Köhn eine Resolution, welche sich mißbilligend äußert über das Verhalten der Polizeibehörde den Freidenkern gegenüber. Der überwachende Polizeibeamte forderte nun die Rednerin mitten in der Verlesung auf, die Resolution nicht weiter zu verlesen, widrigenfalls er die Versammlung auflösen werde. Frau Köhn glaubte, daß in der Republik Hamburg dem Polizeibeamten ein solches Recht nicht zustehe, mußte sich aber bald eines „Besseren" belehren lassen; denn kaum hatte sie einige Worte weiter gelesen, als auch schon der Ueberwachende die Versammlung für aufgelöst erklärte. Echt republikanische Versammlungs- und Redefreiheit!

Parteinachrichten.

— **Aus dem Mülhauser Gemeinderat** berichtet unser dortiges Parteiblatt: „Nach Erledigung der Tagesordnung schnitt das demokratische Mitglied Krebs die Angelegenheit des im Stadttheater von Professor Dr. Rehm gehaltenen Tendenzvortrages über die Verfassungsfrage an. An der Erörterung beteiligten sich die Genossen Emmel, Martin, Müller-Moeglin. Die Diskussion ergab Uebereinstimmung dahin, daß den drei Vorträgen des Herrn Professors Rehm drei Vorträge vom demokratischen bezw. sozialistischen Standpunkte aus an derselben Stelle zu folgen haben. Wir werden nun hoffentlich bald das Vergnügen haben, als Gegenstück zu diesem Vortrage eines die deutsche Reichsverfassung und die Hohenzollern-Dynastie preisenden deutschen Universitätsprofessors unsern Genossen Bebel in den Räumen des Stadttheaters über die Verfassungsfrage sprechen zu hören."

— **Eine sozialdemokratische Agitatorenschule** planen die organisierten Arbeiter Düsseldorfs. Sofort nach Weihnachten hoffen sie das Institut eröffnen zu können. Als Lehrkräfte haben sich die Gen. Dr. Laufenberg, Schotte und Giebel zur Verfügung gestellt. Der Unterricht, der für Partei- und Gewerkschaftsbeamte obligatorisch ist, wird unentgeltlich und zwar in den Abendstunden erteilt. Die Schule wird gedacht in Verbindung mit einer ebenfalls geplanten Zentralbibliothek und Zentral-Materialiensammlung. Die Unterrichtskommission soll zugleich Bibliotheks-Ueberwachungskommission sein. Diese Kommission, die sich aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften zusammensetzen soll und zu der das Gewerkschaftskartell drei Delegierte wählte, soll zusammen mit den Unterrichtsterteilern die Lehrpläne ausarbeiten.

Halle und Saalkreis.

Halle, 5. Dezember.

Ein Prozeß wegen der Burgbrücke.

Bei einem Rechtsstreit, der jetzt vom Ober-Verwaltungsgericht erledigt worden ist, handelte es sich um die Ausführung eines Beschlusses der städtischen Körperschaften von Halle, welcher im Jahre 1897 gefaßt worden ist, und am 18. Nov. 1897 die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten hat. Es wurde damals beschlossen, zu den Kosten der Brücke, welche im Zuge der Straße durch den Nordgraben der Moritzburg hergestellt werde, um den Mühlgraben (einem Saalearm) nach der Robert-Franzstraße zu überspannen, Beiträge im Sinne des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes erhoben werden sollen. Dieser Paragraph gestattet den Gemeinden, behufs Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, Beiträge zu den Kosten von denjenigen Grundeigentümern und Gewerbetreibenden zu erheben, denen dadurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen. — Der Bezirksausschuß genehmigte, daß von der Loge zu den drei Degen 2000 Mk., vom Rentier Wagner 500 Mk. und von der Pfälzer Schützengesellschaft 6000 Mk. zu erheben seien. Der Provinzialrat wies die hiergegen gerichteten Beschwerden ab. Als nun später nach Fertigstellung der Brücke die Beiträge erhoben werden sollten, klagten Rentier Wagner und die Loge zu den drei Degen im Verwaltungsstreitverfahren auf Feststellung, inhem sie davon ausgingen, daß die Voraussetzungen des § 9 auf sie nicht zuträfen. Der Bezirksausschuß zu Merseburg wies sie aber ab. — Das Ober-Verwaltungsgericht verwies dann aber die Sache noch einmal an den Bezirksausschuß zurück. Es erachtete für rechtsirrig die Auffassung des Bezirksausschusses, daß auf Brücken niemals das Fluchtlinienge1etz von 1875 mit seinen Bestimmungen über Belastung sämtlicher Anlieger mit den Herstellungskosten einer Straße Anwendung finden könnte. Der höchste preußische Verwaltungsgerichtshof meinte, unter Umständen könne auch eine Brücke Teil einer Straße im Sinne eines Gesetzes sein. Eine Brücke über einen Privatfluß oder Graben, die in einem Straßenzuge liegt, oder zwei Straßen verbindet, sei in der Regel ein Teil der Straße. Dagegen seien Brücken über öffentliche Flüsse nicht Straßenteile, sondern besondere Kommunikationsmittel, auf die § 9 des Kommunal-Abgabengesetzes zutreffe, und nicht das Fluchtlinengesetz mit den Vorschriften über die Kostendeckung der ersten Herstellung einer Straße.

Der Bezirks-Ausschuß hatte nunmehr in der neuen Verhandlung nachzuprüfen, ob der Mühlgraben ein öffentlicher Fluß sei. Nach einer Beweiserhebung erkannte der Bezirksausschuß den Mühlgraben als einen öffentlichen Fluß an, obwohl seit langer Zeit Mühlen hineingebaut, Schleusen und Dämme angelegt sind, und noch andere Hindernisse die Schiffahrt darin ausschließen, soweit er hier in Betracht kommt. Für entscheidend wurde erachtet, daß er von Natur aus schiffbar gewesen sei, daß z. B. schon im 12. Jahrhundert von einem Kloster aus Salz in Schiffe auf dem Mühlgraben verfrachtet und hier aus der Elbe zugeführt worden sei. Wenn er später durch jene künstlichen Hindernisse die Schiffahrt verloren habe, so ändere das nichts an dem öffentlich rechtlichen Charakter des Mühlgrabens. — Auf Grund dieser, durch Gutachten gestützten Feststellungen wies der Bezirksausschuß die Klage wieder ab.

Herr Wagner und die Loge legten abermals Revision ein. Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf indessen das Rechtsmittel in seiner letzten Sitzung. Es schloß sich dem Bezirksausschuß an und erklärte gleich diesem, daß künstliche Behinderung oder Ausschließung der an sich bestehenden Schiffbarkeit dem Fluß nicht den öffentlichen Charakter nehme. Dieser sei auch ohne Rechtsirrtum beim Mühlgraben festgestellt. Damit sei auch die Anwendung des § 9 des Kommunal-Abgabengesetzes gerechtfertigt.

Darf man beim Nachsehen die Wählerliste in die Hand nehmen?

Eine auch für Hallesche Verhältnisse prinzipiell wichtige Entscheidung fällte vorgestern das Oberverwaltungsgericht. Die Giltigkeit der Wahlen der dritten Abteilung in Barmen war angefochten worden. Unter anderem wurde geltend gemacht, die Wahlen seien schon deshalb ungiltig, weil die endgiltige Feststellung der Wählerliste nicht ordnungsmäßig zu stande gekommen sei; besonders sei zu bemängeln, daß man den Wählern, die bei der gesetzlichen Offenlegung der Liste diese durchsehen wollten, nicht erlaubte, die Liste in die Hand zu nehmen. — Die Stadtverordneten-Versammlung und der Bezirksausschuß erklärten jedoch die Wahlen für giltig, und das Ober-Verwaltungsgericht als letzte Instanz erkannte ebenso, indem es folgenden Standpunkt vertrat: Der Wähler könne allerdings verlangen, daß ihm gestattet werde, uneingeschränkt von dem Inhalt der Wählerliste Kenntnis zu nehmen. Würde man ihm z. B. nur die Einsichtnahme bezüglich des eigenen Namens gestatten und ihm jede weitere Einsichtnahme verweigern, dann wäre das ein Verfahren, welches den Zweck der Offenlegung der Wählerliste vereiteln würde.

Die Wählerliste müsse auch über die steuerlichen Verhältnisse der einzelnen Bürger Auskunft geben. Auch nicht mit Rücksicht auf die Steuergesetze dürfe die Offenlegung und Einsichtnahme der Wählerliste verkümmert werden, insbesondere dürften diejenigen, welche die Liste nachsehen wollten, nicht verhindert werden, von den einzelnen Steuerbeträgen Kenntnis zu nehmen. Das Durchsichtsrecht der Liste sei nicht eingeschränkt durch die Bestimmungen des Steuergesetzes, wonach über die Verhältnisse der Steuerpflichtigen zu schweigen sei. Trotz dieses uneingeschränkten Rechtes der Einsichtnahme sei aber nicht gerechtfertigt das Verlangen der Wähler, die Liste selbst in die Hand zu nehmen. Es genüge, wenn die Beamten den Wählern die Liste vorlegten und sie ihnen körperlich so nahe bringen, daß sich der Wähler vom Inhalte überzeugen könne. Das sei geschehen.

Diese Entscheidung erfüllt zwar nicht völlig das Verlangen, das wir bezüglich des Nachsehens der Wählerliste an die Gemeindebehörden stellen müssen, sie kommt aber unseren Wünschen möglichst weit entgegen, so daß man gut tut, sie auszuschneiden und aufzubewahren.

Von der Bauarbeiterschutzkommission

wird der hiesigen Polizeiverwaltung mit Rücksicht auf die vor einigen Tagen vorgenommene Bautenkontrolle (siehe Artikel: Eine Baukontrolle in Halle) folgender Antrag zur Aufnahme in die Polizeiverordnung, betr. die Arbeiterfürsorge auf Bauten, zugehen:

Das Annageln der Latten und Einschneiden der Staken ist auf der Zulage herzurichten, und zwar so, daß bei Verlegen der Balken gleichzeitig diese Arbeit vollendet ist.

Begründung: 1. Das Annageln der Latten ist allgemein bei verlegten Balken eine der gefährlichsten Arbeiten und wird zum größten Teil von gänzlich ungelernten Arbeitern so ausgeführt, daß Leben und Gesundheit anderer Bauarbeiter in Frage steht. 2. Wird diese Arbeit so ausgeführt, daß sie häufig gegen die erlassenen Baubestimmungen verstößt. 3. Werden diese Arbeiten in fast allen Städten des In- und Auslandes in der beantragten Weise schon jahrelang ausgeführt.

Die Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht

erfolgt nach einer Bekanntmachung des vom Magistrat bestellten Wahlvorstehers Winter am Mittwoch, den 4. Januar, in der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr. Die Stadt Halle bildet einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechtes werden vier örtliche Wahlstellen eingerichtet.

An Beisitzern sind 40 zu wählen und zwar 20 aus den Kaufleuten, welche mindestens einen Englischen Gehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, sowie 20 aus den Handlungsgehilfen. Die ersteren 20 Beisitzer werden mittels Wahl der vorbezeichneten Kaufleute, die letzteren 20 Beisitzer mittels Wahl der Handlungsgehilfen auf 4 Jahre bestellt.

Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim; sie findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt.

Die Wahlvorschlagslisten sind von den Wahlberechtigten bis spätestens Dienstag, den 13. Dezember 1904, abends 6 Uhr im Stadtsekretariat, Rathaus Zimmer 30 einzureichen; sie werden am 24. Dezember öffentlich bekannt gegeben.

Wir haben in einem längeren Artikel den Wahlmodus kurz skizziert, so daß es sich nur erübrigt, die Straßen bekannt zu geben, die den einzelnen Wahlstellen zugeteilt sind. Das wird in einer der nächsten Nummern geschehen.

Ueber die Gründer und Leiter der Krankenkasse Thalia

ist in Arbeiterkreisen schon viel geredet worden; auch sind öffentlich Zweifel über die Solidität der Kasse und die einwandsfreie Geschäftsführung der Leiter erhoben worden. Daß dies nicht unberechtigt war, ergiebt sich wohl daraus, daß der Untersuchungsrichter in Hannover einen Haftbefehl gegen die beiden Leiter und Inhaber der Krankenkasse Thalia erlassen hat, auf Grund dessen die Verhaftung erfolgt ist. Der eine von diesen, Schomburg, wurde in Hannover von der Polizei festgenommen, und sein Komplize in Frankfurt a. M., wohin er gereist war.

* **Die Ortskrankenkasse der Maler, Sattler u. s. w.** hielt am Donnerstag abend im Englischen Hof eine außerordentliche Versammlung ab, um Stellung zu dem Vorgehen der Arbeitgeber zu nehmen, welche diejenigen Mitglieder, die im Winter infolge verkürzter Arbeitszeit weniger wie im Sommer verdienen, in niedrigere Klassen nimmelen. In dem Kranken-Versicherungsgesetz, § 40, Abs. 3, heißt es über die Anmeldung: „In der Anmeldung zur Orts-Krankenkasse sind auch die behufs der Berechnung der Beiträge durch das Statut geforderten Angaben über die Lohnverhältnisse zu machen. Aenderungen in diesen Verhältnissen sind spätestens am dritten Tage, nachdem sie eingetreten, anzumelden." Der Referent, Genosse Guldenberg, sowie die Diskussionsredner aus den Kreisen der Gehilfen vertraten den Standpunkt, daß Aenderungen im Arbeitsverhältnis, also wenn jemand zeitweise ein oder zwei Stunden weniger arbeite, keine Aenderung im Lohnverhältnisse bedeute; denn der übliche Stundenlohn von 45 Pf. würde sowohl im Winter wie auch im Sommer gezahlt. Die anwesenden Arbeitgeber glaubten jedoch gesetzlich im Rechte zu sein. Um über die strittige Frage Klarheit zu schaffen, soll der Klageweg beschritten werden. Die Beschreitung desselben empfahlen selbst die Arbeitgeber mit.

* **Das Leben eines Kolportagehändlers.** Das unsichere, auf Zufälligkeiten begründete Einkommen brachte den Kolportagehändler Friedrich Lorenz von hier wegen Urkundenfälschung, Betrug und Unterschlagung unter Anklage. Lorenz war in einem Abzahlungsgeschäft tätig, mußte Kunden aufsuchen und Leihverträge abschließen. Bei dieser unsicheren Existenz fälschte der Angeklagte drei Leihverträge, verschaffte sich dadurch 12 Mk. Provision und unterschlug eine Uhr im Werte von 40 Mark. Die Uhr hatte ein Abnehmer zurückgegeben, weil sie nicht ging. Der Geschäftsführer der Abzahlungsfirma hielt die ihm vorgelegten Leihverträge für echt, gab dem Angeklagten mehrere Sachen, und der Angeklagte ging damit ab. In der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen Lorenz 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe und noch 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte schilderte seine Notlage, die vom Gericht auch anerkannt wurde. Das Urteil lautet deshalb auf 9 Monate Gefängnis.

* **Zoologischer Garten.** Der Seehund, der nun bereits seit Anfang März bei uns aushält, hat einen Gesellschafter bekommen, und zwar in Gestalt einer Kegelrobbe, der zweiten deutschen Seehundart. Man kann sie als die Seehundart der Ostsee bezeichnen, wenn sie auch in den übrigen Gebieten des nordatlantischen Meeres vorkommt. Ausgezeichnet ist sie hauptsächlich durch ihr abweichendes Gebiß und ihre gewaltige Größe. Starke Männchen erreichen eine Länge von mehr als 2¼ Meter und ihr Gebiß weist im Oberkiefer 6 Schneidezähne auf, während im Unterkiefer die üblichen 4 Schneidezähne vorhanden sind. Unser Exemplar ist ein auffallend dunkles und wie alle Kegelrobben außerordentlich scheu. Es taucht beim Herannahen von Menschen sofort unter Wasser und hält sich oft minutenlang darunter auf und streckt beim Atmen nur flüchtig die Nasenspitze übers Wasser.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Am Donnerstag, den 8. Dezember, findet die Premiere des Ausstattungsstückes Die Kinder des Kapitän Grant statt. Die erste Szene des Stückes spielt auf einer unfruchtbaren Insel in der Südsee, das 2. Bild führt in den Park eines Schlosses in Schottland, das 3. Bild spielt an Bord der Yacht „Dunkan", im 4. Bild befinden wir uns auf dem Paß von Antuko im Südamerika, dort erlebt der Zuschauer einen Bergrutsch und ein Erdbeben, das 7. und 8. Bild bringt uns in das Land der Goldgräber, wo wir Gelegenheit haben, einem großen Fest beizuwohnen (großen Ballett-Akt), dann geht es nach Australien, durch die Urwälder, und mit Hilfe der Wandel-Dekoration in die Regionen des ewigen Eises, um bei den Wundern der Polarsonne die Reise zu beschließen. Die in 12 Bildern untergebrachte Handlung ist dramatisch belebt. Dekorationsmaler, Kostümier, Bühnen- und Maschinenmeister, der Elektrotechniker, die Ballettmeisterin hatten dankbare Aufgaben zu lösen. — Dienstag gastiert Karl William Büller in dem Schwank Großmama von M. Dreyer. Für das Gastspiel gelten die gewöhnlichen Opernpreise. Mittwoch: Mignon. Beamtenkarten giltig.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Ein Gastspiel von Mlle. Celia Galley vom Theatre des Capucins in Paris beginnt am Dienstag, den 6. d. Mts. Dem Auftreten der Mlle. Celia Galley voran geht am Dienstag Hugo Lubliners Lustspiel: Ein kritischer Tag, am Mittwoch Carl Leutz' Schwank: Ein toller Einfall. Besonders sei bemerkt, daß Mlle. Celia Galley an jedem Abend ein anderes Programm darbieten wird. Alle Gastspiele der Mlle. Celia Galley werden bei gewöhnlichen Preisen stattfinden.

* **Aus dem Bureau des Walhalla-Theaters.** Der Weinachtsmonat hat wieder eine neue Ueberraschung gebracht und zwar den weltberühmten Verwandlungs-Schauspieler Signor Bernardi. In seiner Komödie „Eine Pariser Restaurant-Szene" stellt Bernardi sämtliche neun Personen, Männer und Frauen, einzig und allein fast zu gleicher Zeit durch seine blitzartige Verwandlungskunst dar. Dazu ist er ein trefflicher Schauspieler und Komiker von erstaunlicher Beweglichkeit und Wandlungsfähigkeit, denn jeder einzelne

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 06-18/fragment/page=0006

Person weiß er ein charakteristisches Gepräge zu geben. Etwas Deutsch, das der junge Künstler in seinen italienischen Dialog einstreut, trägt neben den verteilten Erklärungen des Theaterstückes zum Verständnis der Vorgänge wesentlich bei. Auf der Höhe seiner Kunst steht Bernardi aber, wenn er, inmitten der Musiker der Hauskapelle stehend, eine Reihe bekannter Tondichter in Ausehen und Gebärden nachahmt. Eine Sekunde nur senkt er den Kopf, dann richtet er ihn wieder empor und Bizets ehrfurchtgebietendes Antlitz, Verdis greises Haupt, Wagners ernste Züge, Mascagnis jugendlicher Feuerkopf, Sousas schwarzbärtiges Gesicht usw. grüßt das Publikum.

Ammendorf. Aus der Elster zog man am Freitag abend einen zirka 25jährigen Arbeiter, von dem man nicht weiß, ob er Selbstmord begehen wollte oder ein Unglücksfall vorliegt. Die Wiederbelebungsversuche waren zwar von Erfolg, aber nach kurzer Zeit starb der Unglückliche an einem Herzschlage.

Radewell. Die Gemeindevertreter-Sitzung, welche am 6. ds., abends 8 Uhr in der Eiche abgehalten wird, hat sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: 1. Vorlegung und Vollziehung des Protokolls vom 30. September. 2. Beschlußfassung über den neuen Bebauungsplan. 3. Ueber eine Grenzanerkennung der Gartenstraße. 4. Ueber Anschaffung eines Leichentransportwagens. 5. Ueber Besserung der Fußwege. 6. Mitteilung über Anpflanzung der Burgstraße.

Aus den Nachbarkreisen.

Naumburg. Die nächste Schwurgerichtsperiode dauert vom 5. bis 8. Dezember. Es wird am 5. Dezember verhandelt gegen die Arbeiter Schneider aus Stöbnitz und Rohland aus Schortau wegen je eines Sittlichkeitsverbrechens.

— Vom Kriegsgericht der 38. Division. Wegen Verübung groben Unfugs und Sachbeschädigung unter Mißbrauch der Dienstwaffe hatte sich der noch nicht 19jährige Unteroffizier Willi Raschke aus Naumburg, der 1. Batterie Artillerie-Regiments Nr. 19 in Erfurt, zu verantworten. Er wurde zu 3 Tagen Gefängnis und 1 Tag Haft verurteilt. — Um als schmucker Kerl auftreten zu können, entwendete der Kanonier Paul Thieme von der 4. Batterie Art.-Reg. Nr 55 in Naumburg eine dem Kanonier König gehörige eigene Tuchhose im Werte von 8—10 M. Diese „Putzsucht" bringt dem leichtsinnigen Rekruten 3 Wochen strengen Arrest ein. Von der Verletzung in die 2. Klasse nahm das Gericht diesmal Abstand. — Der Reservist Georg Himmrich aus Unterrodach, Kreis Kronach, der bis zum Oktober 1905 bei der 3. Batterie Artillerie-Regiments Nr. 55 in Naumburg diente, hatte sich wegen Entfernung von der Truppe, Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und Beharrens im Ungehorsam vor Gericht zu verantworten. Er hatte am 11. September einen Befehl zum Stehenbleiben mit den Worten beantwortet: Ich bleibe nicht stehen und war fortgelaufen. Die Anklage, die auf Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft lautete, wurde in Achtungsverletzung umgewandelt und kam aus diesem Grunde der Angeklagte mit 3 Wochen und 1 Tag strengen Arrest davon.

Crimmitz bei Zeitz. Hier fand am Sonntag eine sehr gut besuchte Versammlung statt, bei der 21 neue Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation gewonnen wurden. Bericht folgt.

Weißenfels. Der Kampf gegen das Polkafleisch. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde gelegentlich der Etatsfestsetzung für den Schlachthof auch die Wirkung des neuen Fleischbeschaugesetzes erwogen. Es lag hierzu eine Eingabe des Schlachthofdirektors Ronneberger vor, mit Rücksicht auf das neue Fleischbeschaugesetz die Schlacht-Gebühren für Schweine von 4 auf 3.20 Mk. zu ermäßigen und die jährliche Amortisationssumme von 23 000 auf 16 000 Mark herabzusetzen. Der Dezernent Stadtrat Petzold ist der Meinung, daß trotz des Gesetzes eine derartige Maßnahme nicht ratsam sei, empfiehlt dagegen, den Schlächtern und den Personen, die ständig Fleisch verkaufen, das Feilhalten solchen Fleisches in der Stadt zu untersagen, das innerhalb eines Umkreises von 50 Kilometern geschlachtet ist. Die Deputation hat sich für diesen Antrag ausgesprochen und empfiehlt weiterhin, von einer Herabsetzung der Schlachtgebühren jetzt abzusehen und nach einem halben Jahre festzustellen, ob sich infolge des Gesetzes die Schlachtungen im hiesigen Schlachthofe erheblich verringert haben. Stadtrat Petzold spricht sich ebenfalls in diesem Sinne aus. Er glaubt, daß, falls sich sehr nachteilige Folgen für die Städte einstellen, vielleicht eine Aenderung des Gesetzes möglich sei. Stadtverordneter Mundt hält letzteres für ausgeschlossen. Er beantragt, durch die Schlachthofordnung und Kontrakte mit den Schlächtern zu bestimmen, daß die hiesigen Kühlzellen nur zur Aufbewahrung von im hiesigen Schlachthofe geschlachtetem Fleische dienen dürfen. Eine Ausnahme soll nur zu gunsten der Freibank gemacht werden. Schlachthofdirektor Ronneberger hält diesen Antrag für sehr zweckmäßig, die Fleischer an den Schlachthof zu bannen. Bürgermeister Bischof bittet, den Antrag betreffend die 50 Kilometer-Grenze zurückzustellen, da derselbe vom Magistrat noch nicht beraten ist. Darauf wird der Antrag Mundt angenommen; der Antrag der Deputation wird zurückgestellt, doch ist das Kollegium im Prinzip für denselben.

Eisleben. (Telegramm.) Schwerer Bauunfall. Heute früh stürzte vom Neubau des gewerbschaftlichen Laboratoriums der Arbeiter Tennstadt herab. Er erlitt einen Beinbruch. Näheres ist uns zur Stunde nicht bekannt.

Helbra. Vor Schreck die Sprache verloren. Als sich Donnerstag abends die verehelichte Frau Bergmann Kutscher zu ihrer in der Minnafstraße wohnenden Mutter begeben wollte, sprang in der Schulstraße der ahnungslos ihres Weges Gehenden ein großer Fleischerhund an die Brust, so daß dieselbe vor Schreck die Sprache verlor, welche auch bis heute noch nicht wieder zurückgekehrt ist.

Branderode. Reicher Kindersegen. Kürzlich wurde der Arbeiter H. H. von seiner Gattin zum zweiten Male in diesem Jahre mit einem Zwillingspärchen beschenkt. Das erste Paar wurde am 17. Januar geboren, das zweite am 29. November.

Delitzsch. Verhaftung wegen Kindesmord. Die unverehelichte Herrmann, welche verdächtig erscheint, ihr neugeborenes Kind erdrosselt zu haben, ist auf Verfügung der Staatsanwaltschaft verhaftet und dem Landgericht zu Halle zugeführt worden.

Bitterfeld. (Eig. Ber.) Verworfen wurde vom Landgerichte Halle die Berufung des Arbeiters Friedrich Schmidt aus Wolfen, der vom hiesigen Schöffengericht wegen Bedrohung zu der erheblichen Strafe von 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden war. Der Angeklagte ist am Morgen des 25. Mai mit einer Hausnachbarin in Streit geraten, hatte die Frau mit den Worten „Ich drehe Ihnen das Genick um und werfe Ihnen einen Stein in die F....." bedroht. Die Frau hatte den Mann erst beleidigt, und es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß solche in der Erregung getane Worte von Arbeitern nicht so ernst zu nehmen sind. Bezüglich der Beleidigung wurde Schmidt für schuldig, aber straffrei erklärt.

Erfurt. Schulkonflikt. Veranlaßt durch den Berliner Schulkonflikt ordnete der Erfurter Regierungspräsident an, daß die Verwendung von Schulzimmern zu andern als Unterrichtszwecken nur mit Genehmigung des Kreisschulinspektors geschehen dürfe.

— Ein Gemütsmensch. Kürzlich nachts gegen 3 Uhr wurde auf der Polizeiwache geklingelt. Ein Jünger Gutenbergs verlangte Einlaß. Nachdem ihm solcher gewährt war, erzählte er, daß er direkt aus dem Wirtshause komme. Da aber der betreffende Wirt keine verlängerte Polizeistunde habe, so wolle er ihn hiermit pflichtschuldigst anzeigen ....

Schaffstädt. (Eig. Ber.) Wegen einer eigenartigen Beleidigung muß der Fleischermeister Wilhelm Schmidt von hier 10 M. bezahlen. Am 7. Juli hatte er den Tierarzt Meißner bestellt, er möge am 8. Juli früh 8 Uhr in seine Behausung kommen und dort einen geschlachteten Hammel untersuchen. Als der Tierarzt morgens eine halbe Stunde später erschien, wurde Schmidt ärgerlich und machte dem Arzt Vorwürfe, weshalb er so spät komme. Als der Arzt sich verbat, ihn so anzufahren, warf Schmidt ein Hammelviertel auf den Düngerhaufen mit den Worten: „Nun beziehen Sie es sich dort." In diesen Worten erblickte sowohl das hiesige Schöffengericht als auch das Landgericht Halle, das am Sonnabend des Angeklagten Berufung verwarf, eine Beleidigung.

Stassfurt. Menschliches Elend. Im hiesigen Armenhaus fand vorige Woche die Frau eines Korbmachers aus der Umgegend mit ihren drei Kindern im Alter von 1/2—8 Jahren Aufnahme. Ihr Mann wird, wie es heißt, wegen Gewerbesteuerkontravention gesucht. Ohne anderes Eigentum als das, was die Armen auf dem Leibe trugen, hielten sie ihren Einzug. Eine alte Blechbüchse war ihr Kochtopf. Die erste Nacht mußten sie in der angewiesenen Stube ohne Heizvorrichtung auf den bloßen Dielen schlafen. Am anderen Tage bekamen sie städtischerseits zwei Bund Stroh geschickt zum Nachtlager. Die nötige Decke erhielten sie erst ein paar Tage später. Wenn sich die Sozialdemokraten bemühten, solche Zustände zu bessern, „hetzen" sie.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Wittenberg geriet der Gatter-Bedienungsmann auf dem Jurischen Zimmerplatz an der Dessauerstraße, Gustav Kaiser, beim Abladen von starkem Kanthholz mit der linken Hand zwischen zwei Hölzer, wodurch ihm der Goldfinger gebrochen wurde. — Bei der Jagd in Zabenstedt auf dem Jagdrevier des Reichstagsabgeordneten Bauermeister wurde der Kutscher Bode durch einen Schuß am Kopf verletzt. — In Bitterfeld wurde der Bierverleger Petersen, der nach Unterschlagungen flüchtig geworden war, verhaftet, nachdem er zu seiner Frau zurückgekehrt war. — In Nordhausen hatte der Gelbgießer Ewald in der Meureschen Kupferschmiede das Unglück, daß ihm beim Schmieren eines Gasmotors ein abspringendes Luftventil an die Stirn flog und eine schwere Wunde verursachte. — In Gera erhielt der Straßenbahnarbeiter Graupner, der an der Oberleitung der Straßenbahn beschäftigt war, einen elektrischen Schlag, und fiel so unglücklich auf die Straße, daß er auf der Stelle tot war. — In Rudolstadt hat sich der 15jährige Kaufmannslehrling Lorenz, wahrscheinlich aus Schwermut über den Verlust beider Eltern, die ihm rasch hintereinander dahingestorben, erhängt. — In Stendal erhielt auf dem Reitplatze der Unteroffizier Stössel von dem Pferde seines Vordermannes einen so heftigen Schlag gegen den linken Unterschenkel, daß die Knochen vollständig zersplitterten. — In Zwintschöna wurde der Knabe der Witwe Reichert von einem Düngerwagen überfahren. Dem Knaben wurde ein Bein vollständig zermalmt.

Gemeindezeitung.

Unterwerschen. In der am Sonnabend, den 26. November, abgehaltenen Gemeinderatssitzung wurde u. a. beschlossen, die Stube im Gemeindehause an den Bergarbeiter Herm. Huth zum Preise von 66 M. zu vermieten. — Die verlassene Ehefrau Täntzler hat auf Anordnung des Sanitätsrats Doktor Hacker-Teuchern dem Gemeinde-Vorsteher bekannt gegeben, daß das 13jährige Mädchen Täntzler in Lebensgefahr ist und einer sorgfältigen Pflege bedarf. Da der Ehemann Täntzler als vermißt gilt, so muß die Gemeinde dafür sorgen. Alle Vertreter waren sich einig, daß das Kind bei Sanitätsrat Dr. Hacker in Behandlung bleiben soll, die Gemeinde will die Kosten tragen. — Die Gemeinde-Länderei an der alten Schule soll eingezäunt und auf 4 Jahre verpachtet werden. — Am Schlusse ergab sich noch eine Diskussion über die Giltigkeit des Mandats des in der ersten Klasse gewählten Fleischermeisters Beer. Genosse Kruppa führt aus, daß die Wähler der ersten Klasse die Wählerlisten nicht nachgesehen hätten, da sollten sie auch keinen Einspruch erheben. Die dritte Wählerklasse würde in solchen Fällen auch nicht berücksichtigt. Zur Mahnung wurde ihnen geraten, sie sollen dafür sorgen, daß das Dreiklassen-Wahlsystem abgeschafft wird, dann kämen solche Fälle nicht vor.
K.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter-Aussperrung in Berlin. Am 2. Dezember zählte der Holzarbeiter-Verband im ganzen 306 Ausgesperrte, 888 infolge der Aussperrung Streikende, 214 schon länger aus anderen Ursachen Streikende und zwölf in Gemeinschaft mit den Metallarbeitern der Firma Hirschmann Streikende. In Weißensee sind 48, in Mirdorf 120 Streikende und Ausgesperrte, insgesamt also 2088 streikende und ausgesperrte Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes. Dazu kommen noch 425 am Streik der Klavierarbeiter beteiligte Mitglieder.

Die Arbeiter der Fahrzeugfabrik Eisenach beschlossen, daß eine Kommission bei der Fabriksdirektion vorstellig werden soll um die Bewilligung der Arbeiterforderungen zu erwirken. Diese betreffen die Wiederherstellung der früheren Akkordsätze und die Entlassung zweier Vorarbeiter, die sich mißliebig gemacht haben. Den 200 Arbeitern, die die Arbeit niedergelegt haben, ist gekündigt worden. Falls die Wünsche der Arbeiter unerfüllt bleiben, steht für heute ein allgemeiner Ausstand der 700 Arbeiter in Aussicht.

Die Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe planen einen internationalen Kongreß im Anschluß an die nächste Generalversammlung des Buchdruckerverbandes, die in Dresden stattfindet. Auf diesem Kongresse sollen einheitliche Normen über die Bedienung der Maschinen aufgestellt werden.

Ausland.

Oestreich. In Wien haben die Friseurgehilfen ihren Meistern folgende Forderungen unterbreitet: Beseitigung der Schlafstellen, wöchentliche Lohnauszahlung, einstündige Mittagspause, Regelung des Wochenausganges und Einführung des Dreizehnstunden-Arbeitstages. Bewilligen die Meister nicht, so soll ev. der Streik erklärt werden.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Holzweißig. Am 26. November ds. Js. hielt der Konsum-Verein Holzweißig und Umg. seine General-Versammlung ab, in der Bericht über das 11. Geschäftsjahr erstattet wurde, welches nur 11 Monate umfaßt. Dem ausführlichen Berichte des Geschäftsführers, Genosse August Winter, ist folgendes zu entnehmen: Dem Vereine gehörten am 1. Dezember 1903 275 Mitglieder an, im Laufe des Geschäftsjahres traten neu ein 105, freiwillig ausgetreten sind 17, 3 sind durch Tod ausgeschieden, und 5 wurden ausgeschlossen, so daß bei Beginn des neuen Geschäftsjahres am 1. Oktober 1904 355 Mitglieder dem Vereine angehörten. Der Warenumsatz beträgt 134 444.34 M. gegen 113 152 M. im Vorjahre, also ein Mehr von 21 292 M. Der Reingewinn erreichte die Höhe von 18 254.71 M., welcher wie folgt verteilt wird: Zuschreibung zum Reservefonds 44 M., dem Baufonds wurden 2000 Mark überwiesen, 15 752.33 M. (12 Proz.) wird an die Mitglieder zurückvergütet, und der Rest von 458.38 M. wird dem Dispositionsfonds gutgeschrieben.

Eine rege Debatte entwickelte sich um die Ueberweisung der 2000 M. zum Baufonds. Die Mitglieder Thäle und Riemann beantragten, die 2000 M. mit zur Dividendenauszahlung zu benutzen, oder jedem Mitgliede sollte der Baufonds nach der Warenentnahme gutgeschrieben und bei Austritt aus dem Verein ausgezahlt werden, weil die Mitglieder bei eventuellem Austritt aus dem Verein keinen Anteil mehr daran hätten. Von seiten der Verwaltung sowie der Versammlung wurde den Herren Thäle und Riemann in ganz gehöriger Weise klar gemacht, daß diese Ansichten höchst ungenossenschaftlich und nur als Quertreibereien zu betrachten sind. Es sei auch nicht schön, den Verein nur immer als melkende Kuh zu betrachten. Die Abstimmung ergab, daß der genossenschaftliche Geist der Mitglieder auf einem bedeutend höheren Niveau stand, als sich die Herren Thäle und Riemann dachten. Mit 135 gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, die 2000 M. dem Baufonds zu überweisen. Bei Wahl von zwei Aufsichtsräten wurden die Genossen Wilhelm Mittmeier und Eduard Nickel gewählt, als Ersatzmann Otto Kind. Des weiteren wurde beschlossen, Hausanteile auszugeben in Höhe von 10, 25 und 50 Mark.

Allen Arbeitern von Holzweißig, welche auf ihren Vorteil bedacht sind, und denen ihre Familie am Herzen liegt, kann der Beitritt nur empfohlen werden. Anmeldungen nimmt der Vorstand jederzeit entgegen.

Eine tolle Blamage. Den städtischen Arbeitern in Dresden ist bekanntlich durch die Arbeitsordnung die Zugehörigkeit zum Konsumverein verboten. Das war von einer Abteilung des Rates ganz im Sinne der antisemitischen Urheber dieser Arbeitsordnung, die ja damit nur die Bereicherung ihres Krämeranhanges bezweckten, so ausgelegt worden, daß auch die Frauen dieser Arbeiter nicht Mitglied des Konsumvereins sein dürften. Auf eine Beschwerde des Konsumvereins an den Oberbürgermeister ist nun dieser Bescheid eingegangen:

„Auf Ihre an den Herrn Oberbürgermeister gerichtete, von diesem zur weiteren Erledigung an die unterzeichnete Geschäftsstelle abgegebene Anfrage vom 3. November teilen wir Ihnen zugleich für die übrigen Mitunterzeichner derselben mit, daß das seitens einer städtischen Geschäftsstelle an ständige Arbeiter gerichtete Verlangen zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung des Inhalts, daß auch die Ehefrauen solcher Arbeiter ihre Mitgliedschaft an Konsumvereinen aufgekündigt haben und endgültig aus letzteren ausscheiden werden, durch Ratsbeschluß als nicht gerechtfertigt erachtet worden ist. Die Bestimmung in § 16[a] der Allgemeinen Arbeitsordnung ist also auf Ehefrauen ständiger Arbeiter nicht anwendbar.

Der Rat zu Dresden. Stadtbauamt A.
Köppen.

Die Antisemiten werden schreien; wird doch durch diese Haltung des Rates ihre Erpresserabsicht vereitelt. Sie werden wohl nun eine Abänderung der Arbeitsordnung fordern.

Aus dem Reiche.

Berlin. Wegen versuchter Erpressung gegen die Reichstagsabgeordneten Kaplan Dasbach-Trier und Justizrat Dr. Porsch vom Zentrum hatte sich der frühere Rechtsanwalt und jetzige Bankier Joseph Kellerhoff zu Charlottenburg vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Gerichtshof hielt dafür, daß zwei Erpressungsversuche vorliegen und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und rechnete zwei Monate auf die Untersuchungshaft an. Ein Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt.

Vermischtes.

* **Die Weltausstellung in St. Louis** ist geschlossen worden. Seit ihrer Eröffnung wurde sie von 18 750 000 Personen besucht, die zusammen 5 600 000 Dollars (ca. 23 Millionen Mark) Eintrittsgebühr bezahlten. Die Gesamteinnahmen der Ausstellung aus Konzessionen, Eintrittsgebühren und anderen Quellen werden auf ungefähr 13 250 000 Dollars (ca. 55 Millionen Mark) angenommen. Die Geldgeber dürften noch eine Dividende von 6 Prozent erhalten.

* **Schiffszusammenstoß.** Auf dem Flusse Mersey (England) nahe der Stadt Portmby stießen zwei Flußdampfer zusammen. Sieben Mann von der Besatzung eines Dampfers sind ertrunken.

* **Folgen des religiösen Fanatismus.** In der protestantischen Kirche von Springhorn bei Glasgow (England) wurde eine Dynamitbombe gefunden. Es handelt sich offenbar um eine Tat religiösen Hasses, der dem Zwist zwischen Katholiken und Protestanten entspringt. Dieser Zwist hat bereits zu Gewalttätigkeiten geführt, so daß die Polizei einschreiten mußte und gezwungen ist, die Wohnungen der beiden Geistlichen, sowohl des katholischen, wie des protestantischen, Tag und Nacht zu bewachen.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

Petersburg, 5. Dez. Hier herrscht großer Pessimismus über die Lage von Port Arthur. In militärischen Kreisen glaubt man, daß es Stössel noch gelingen wird, sich an Bord eines Kriegsschiffes nach Kiautschou zu flüchten.

Tokio, 5. Dez. Der Korrespondent des Blattes Awai meldet, daß 50 000 Mann russischer Truppen in Kiren, 350 Kilometer nördlich Mukden eingetroffen sind. Diese Truppen rücken nach dem Süden vor.

Petersburg, 5. Dez. Die Absendung eines dritten Geschwaders steht, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, fest, es wird aber ausschließlich aus Schiffen der baltischen Meerflotte zusammengesetzt und zwar aus 7 Panzerschiffen, 4 gepanzerten Kreuzern und etwa 40 Minenbooten. Zum Kommandeur des Geschwaders wird voraussichtlich Admiral Tsuchunin ernannt werden.

London, 5. Dez. Das Auswärtige Amt verbot englischen Schiffen, für die kriegführenden Mächte Kohlen an Bord zu nehmen. Der Dampfer Kapitän Menjell, der bereits mit Kohlen befrachtet war, wird seine Ladung wieder löschen, während er noch letzthin der baltischen Flotte auf hoher See Frachten lieferte. Direkte Ladungen nach russischen oder japanischen Häfen werden von dem Verbot nicht betroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 06-18/fragment/page=0007

Oldenburg, 5. Dez. Der Redakteur des Residenzboten, Schweynert, hat seinen Rechtsanwälten Dr. Strenger und Dr. Herz wieder Vollmacht erteilt. Dieselben sind von ihm mit der Einreichung der Revision beauftragt worden, welche sich auf eine ganze Reihe von Punkten rechtlicher, wie prozessualer Art stützen wird. Rechtsanwalt Herz-Altona hat außerdem die Verteidigung des wegen Meineidsverdachts in Haft genommenen Kellners Meier übernommen. Wie man in Oldenburger eingeweihten Kreisen sich erzählt, wird möglicherweise gegen den Kellner Meier nicht Anklage wegen Meineids, sondern wegen fahrlässigen Falscheids erhoben werden, so daß Meier dann von einer Oldenburger Strafkammer zur Aburteilung käme.

Berlin, 5. Dez. Die Morgenblätter berichten, daß Hauptmann v. Koppy am 28. November abends vom Hottentottenführer Morenga bei Warmbad angegriffen wurde. Morengas Abteilung soll zirka 300 Gewehre stark gewesen sein. Die Hottentotten wurden unter großen Verlusten zurückgeschlagen und ließen 13 Tote zurück.

Danzig, 5. Dez. Der Unteroffizier Paul Schmidt von der 2. Kompagnie des 36. Feldartillerieregiments wurde vom Kriegsgericht, in Anbetracht seiner sonstigen guten Führung, zu nur 7 Wochen Gefängnis verurteilt; er hatte einen Kanonier, von dem er annahm, er habe ihn belogen, im Stall von etwa 20 Fahrern, von denen jeder eine Peitsche führte, schlagen lassen, indem er ihn viermal durch eine von den Fahrern gebildete Spießrutengasse schickte.

Teplitz-Schönau, 5. Dez. Bei Liebhauzen wurde der Postwagen von unbekannten Tätern überfallen und ausgeraubt. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Konstantinopel, 5. Dezember. Der Polizeimeister ließ am 3. ds. 220 Arbeiter der Tabaksregie verhaften, welche revoltierten, weil die Regie die durch Handarbeit hergestellten Tabakkartons nunmehr durch Maschinenarbeit herstellt.

Neues Theater.

Ein toller Einfall ist oft geeignet, über eine üble Stimmung hinwegzuhelfen. Wenn diese Voraussetzung auch für die gestrige Vorstellung des tollen Schwankes Ein toller Einfall nicht maßgebend gewesen ist, so ist das eine erreicht, daß die zahlreichen Besucher sich einige Stunden köstlich unterhalten haben. Besondern Geist erwartet niemand von einem solchen Schwank, dafür will man sich aber amüsieren. So auch gestern, das Publikum grunzte und wieherte bei den besten Stellen und war in bester Stimmung. Die Künstler waren auch alle in ihrem Elemente. Herr Mauthner als Student, der in Abwesenheit des Onkels auf eigne Faust sämtliche Zimmer vermietet und Herr Selle als Faktotum ergänzten sich passend. Vorzüglich waren die Typen der Garconniegrieer getroffen. Herr Nesler entfesselte als Musikdirektor Kröniein wahre Lachsalven bei offener Szene. Daß in sich heiterer Gesellschaft Herr Deutschmann nicht fehlte, ist selbstverständlich. Ihm fiel die Rolle des seine Frau betrügenden Ehemannes zu. Nachdem er dabei erwischt worden war und ein anderes Ehepaar den Frieden wiedergefunden hatte, kamen die üblichen Verlobungen und der befriedigende Schluß, bei dem dann die Parade abgenommen wird. R. F.

Briefkasten der Redaktion.

K. Sch. Spätestens am 1. eines Monats, wenn die Frist am letzten desselben Monats verstrichen sein soll. Wenn nichts Besonderes vereinbart wurde, kann an jedem beliebigen Tage die Kündigung ausgesprochen werden, nur tritt sie erst am nächsten zulässigen Termin in Kraft. Sie können also beispielsweise bei einmonatlicher Kündigung schon heute kündigen, die Kündigung wird aber erst am 31. Januar wirksam, so daß Sie erst am 31. Januar von Ihrer Mietsverpflichtung entbunden sind.

E. H. in Z. Die Sache muß einen Haken haben. Fragen Sie beim Redanten Ihrer Kasse nach der Ursache. An sich darf es keinen Unterschied ausmachen, ob Sie noch in Arbeit stehen oder nicht.

G. L. in E. 1. Sie haben die Wahl, ob Sie sich evangelisch oder katholisch trauen lassen wollen. Das Beste ist, Sie verzichten ganz auf kirchliche Trauung. Die Eheschließung vor dem Standesamte hat allein gesetzliche Kraft; die kirchliche Trauung ist rechtlich völlig wertlos. In solchen Fragen sollte der Mann nur bei ganz zwingenden Anlässen den rücksichtslosen Ansichten der Braut Zugeständnisse machen. Ihr: „ich möchte gern", ist kein zwingender Grund. 2. Handelte es sich in der Tat nur um eine Uebertretung, dann ist die Verjährung bereits nach drei Monaten eingetreten gewesen. War es ein Verbrechen, so tritt die Verjährung erst drei bezw. fünf Jahre nach der Tat ein.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd. Steinweg 2), 3. Dezember.

Aufgeboten: Der Arbeiter Bartholomäus und Ida Becker (Schützenstraße 12 und Ritterstraße 12). Arbeiter Benndorf und Berta Höhn (Boran und Selau). Bergmann Wicht und Lina Seidel (Creisfeld und Hergisdorf). Arbeiter Göhring und Luise Freitag (Leipzig).

Eheschließungen: Schlosser Richter und Martha Wolf (Schützenstraße 25 und Glaucharstraße 47). Schlosser Gerber und Lina Renner (Komm und Schützenstraße 6). Arbeiter Koch und Berta Schuber (Schloßberg 1 und Blücherstraße 14). Schlosser Seidel und Elie Bröde (Merseburgerstraße 29 und Ladenbergstraße 3). Buchbinder Wacker und Luise Kustan (Langestraße 5 und Dorotheenstraße 14). Schlosser Schäbel und Gertrud Berger (Könnern und Ritterstraße 2). Posamentier Schaffer und Ida Jänisch (Große Ulrichstraße 16 und Georgstraße 12). Burenwachsler Eckert und Anna Frühling (Hackhornstraße 6 und Moritzkirchhof 8).

Geboren: Oberpostassistent Schiersand S. (Bernhardystraße 35). Arbeiter Kowalski S. (Thüringerstraße 29). Schneidermeister Werner S. (Klinik). Schlosser Bonie S. (Freimfelderstraße 37). Kaufmann Raschke T. (Krukenbergstraße 16). Konditor Süße T. (Kl. Ulrichstraße 15). Schlosser Schulz S. (Reideburgerstraße 2). Geschäftsführer Crönlein S. (Pfännerhöhe 12).

Abrechnung für den Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg.

3. Quartal 1904.

Kassenbestand am 1. Juli 1904	2106.43	M.
Eintrittsgelder	8.50	„
Beiträge	747.60	„
Sammellisten	285.01	„
Quittungen im Volksblatt	8.80	„
Entree bei Versammlungen	153.65	„
Agitation	4.—	„
Sonstige Einnahmen	34.60	„
Parteifest Lucknau	296.55	„
	3644.94	M.

Bilanz.

Einnahme	3644.94	M.
Ausgabe	2307.92	„
Kassenbestand	1337.02	„
Davon in Filialen	182.35	„
Hauptkasse	1154.67	„
Summe	1337.02	M.

Ernst Klix, Hauptkassierer.

Die Revisoren:
Ernst Hentzschler, H. Plorin.

Die einzelnen Filialen brachten im 3. Quartal folgende Summen auf: Zeitz 358.18, Aue 208.25, Weißenfels 156.90, Stretzau 86.27, Teuchern 74.50, Hohenmölsen 63.20, Kretzschau 57.30, Zipsendorf 49.—, Naumburg 43.60, Trebnitz 40.25, Thießen 36.60, Maßberg 18.45, Crossen 17.25, Rehmsdorf 14.40, Werschen 12.30, Parteifest 296.55, Kassenbestand 2106.43 Mark. Summe 3644.94 Mark.

Schkeuditz.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht! Auskunft erteilt Max Schulze, Kürschner, Obere Bahnhofstraße, sonntags vormittags von 9—11 Uhr und wochentags (außer Sonnabends) von 8—9 Uhr abends.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Der letzte Kreistag beauftragte den Zentral-Vorstand des Sozialdemokr. Vereins mit den 1. Vorsitzenden der Vereine eine Sitzung abzuhalten, um das Statut des Vereins so einzurichten, daß es den heutigen Verhältnissen entspricht. Diese Sitzung hat stattgefunden und sind in ihr zugleich einige Angelegenheiten erledigt worden, die sich notwendig machten.

In bezug auf die Gemeindevertreter-Konferenz in Halle wurde beschlossen, daß diese Sitzung von sämtlichen heutigen Vertretern besucht werden soll. Die Orte, die zu den Wahlen Stellung nehmen, einen Vertreter aber noch nicht haben, sollen je einen Delegierten zur Konferenz entsenden. Von der Entsendung mehrerer Delegierter wurden der Kosten wegen Abstand genommen.

Der außerordentliche Bezirkstag soll möglichst dieser Vertreter-Konferenz vorangehen und zwar so, daß er Sonntags stattfindet, die Gemeindevertreter-Konferenz Montags. Zum Bezirkstag wurden die sechs alten Delegierten wieder bestimmt.

Zum preußischen Parteitag wurde Genosse Leopoldt als Delegierter, Genosse Recknagel als Stellvertreter gewählt.

Das neue Statut wurde fertiggestellt. Nach seiner Herstellung im Druck tritt es in Kraft. Das Eintrittsgeld wurde von 10 auf 20 Pf. erhöht.

Die weiteren Verhandlungen betrafen innere Verwaltungsarbeiten, über die jeder Vorsitzende seiner Versammlung berichten wird.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die gepflogenen Verhandlungen dem Interesse der Partei dienen.

Zeitz im Dezember 1904.

Der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Vereins.
J. A.: A. Leopoldt, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Parteigenossen!
Agitiert für das Volksblatt.

Weihnachts-Wäsche
nur eigene Fabrikation.
Taghemden, Nachthemden, Jacken, Beinkleider.
Tändel-Schürzen, Wirtschafts-Schürzen.
Fritz Tell, Wäsche-Fabrik mit elektr. Kraftbetrieb
obere Leipzigerstr. 53, I. Etage.

Moderne Landsknechte.
Von
Ernst Däumig.
Erzählungen aus dem Kolonial-Soldatenleben.
Verlag der Volksbuchhandlung Halle.
In fesselnder und spannender Form wird gegen Militarismus und Kolonialgreuel zu Felde gezogen. Das Buch eignet sich besonders als Weihnachtsgeschenk, auch für die reifere Jugend.
Erscheint in 4 Lieferungen à 20 Pf. Gesamtpreis broschiert 80 Pf., eleg. gebunden 1.25 M.
Bestellungen nehmen die Volksbuchhandlung, die Expedition u. die Austräger dieses Blattes, sowie jeder Kolporteur entgegen.

Schirmfabrik von
L. H. Werkmeister
Leipzigerstr. 29, am Turm.
Unerreichte Auswahl billigste Preise am Platze. Reparaturen.
6 Prozent Rabatt.

Aufpolstern v. Matr. u. Sofas b. bill. vorh. Preisstllg. Schmidt, Herrenstr. 2, II.

Sonnabend den 3. Dezember nachm. 3½ Uhr verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwieger- und Großvater, der frühere Mechaniker
Louis Maurer
im 71. Lebensjahre.
Um stilles Beileid bittet
im Namen der Hinterbliebenen:
Wilhelmine Maurer geb. Krug.
Halle, Berlin, Geestemünde, Schlettau.
Die Beerdigung findet Dienstag den 6. Dez. nachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Rasberg. **Geschäfts-Anzeige.** Rasberg.
Einer geehrten Einwohnerschaft von Rasberg und Umgebung zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich in meinem Laden Rasberg 11c ein **Posamenten- u. Schnittwarengeschäft** errichtet habe.
Indem ich stets bemüht sein werde, nur gute Ware zu billigen Preisen zu führen, bitte ich das geehrte Publikum, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, und zeichne Hochachtungsvoll
Rasberg, im Dezember 1904. **Emil Bachmann.**
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Zeitz und Umgegend.

Fest-Offerte.
Rosinen, Pfd. 18, 25, 30, 40, 50 u. 60 Pf. Sultaninen, Pfd. 40, 55, 60 u. 75 Pf. Korinthen, Pfd. 25, 30 u. 40 Pf. Mandeln, süße, 100, 110 u. 125 Pf. Mandeln, bittere, 120 Pf. Back-Margarine, Pfd. 55, 60, 70 u. 80 Pf. Reine bayr. Schmelzbutter, Pfd. 135 Pf. Zitronat, Pfd. 75 u. 85 Pf. Gem. Zucker, Pfd. 22 Pf. Raffinade, Pfd. 25 Pf. Puderzucker, Pfd. 35 Pf. Vanille-Zucker, Pfd. 60 Pf. Wallnüsse, Pfd. 26, 35 und 40 Pf. Haselnüsse, Pfd. 40 Pf.
A. Trautwein
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstraße 31.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

9 tadellose Sorten für sage und schreib. 3 Mrk. g. Nachn. Verpck. frei.
ca 20—30 marin. F. Aer.
ca 25—30 Rolmp. (od. 1 Dos. Bismär.) 1 F Kaffib. Feinste Sardellen ca 2 Pfd. 1 Dos. ff. Anchov E! 20 Pfd. 1 Pfd. 40 „Bratbr u. Sprott" u 1. ganz. feit. Aal. E. Degener Conserfabr. b. 1881 Swinemünde D 121 Event. Erias! Mit. ff. Lachs u. Deliardin 3¾ M.

Zeitz. Zeitz.
Infolge großer Abschlüsse bin ich in der Lage, zur Weihnachtsbäckerei ein billiges gutes Stollenmehl zum Verkauf zu bringen. Offeriere 00 mit 3.30 Mk. pro Pfd., Prima mit 3.60 Mk. p. Pfd., garant. vorzügl. Ware, demnach ausgetrocknet u. ergiebig. Bestellung. a. Stollen erb. bald. Gleichz. bringe ich mein reines gr. Roggenbrot in empf. Erinner. Karl Wergner, Bäckerei, Altenburgerst. 55 Mitglied des Konsum-Vereins.

Allgemeine Ortskrankenkasse Zeitz
sucht zum 1. Januar 1905 eine
Kranken-Kontrolleurin.
Schriftl. Meldungen sind einzusenden an den Vorsitzenden, Zimmermeister R. Heyde, hier, Trötzlinerstr. 6, bis zum 10. d. M.

Alle Neuanfertigungen und Näharbeiten von Bettwäsche, alle Reparaturen an Leib- und Bettwäsche fertigt sauber u. billig Frau Luise Rasemann Große Brunnenstraße 16, Dor.

Nebenverdienst,
sehr guten, das ganze Jahr, durch eine Tätigkeit, welche nur leichte, zu Hause ausführbare Schreibarbeit bedingt. Ausführl. Mitteilung derselben gegen 20 Pfg. Briefm. franko.
Corona-Verlag. München 8.

Obst-Verkauf
vom Kahn an Weinecks Brücke räumungshalber billigst.
Mäusfahren werden angenommen Steg 19, Laden.

Stube, K. u. K. Jakobstraße 44. Einz. St. sof. u. 1. Januar zu verm.

Morgen Dienstag
Schlachtefest
Joh. Fischer, Gr. Gotenst. 7.

Achtung, Expedienten u. Austräger!
Zur Jahreswende
erscheint im Verlag Vorwärts eine
illustrierte Zeitung
unter dem Titel
„Hau mich aus!"
Mehr wie irgend eine andere Klasse hat das Proletariat ein Anrecht, die Bürde seines Daseins gelegentlich in freiem, losgebundenen Lachen zu erleichtern. Aber dies Lachen ist nicht das satte, zwecklose, schwammige Grinsen derer, die nicht Not kennen, und für die Witz und Humor nur als verdauungförderndes Hausmittel eingenommen wird. — Auch das Lachen des Proletariats ist Kampf, seine Freude Wirken, sein Karneval trotzige Empörung. Im Gelächter schwingt es die Geisel.
Silvester sieht alle Welt die Zukunft im Bleiguß zu erfassen. Unsere Silvester-Zeitung strebt Höheres und Vornehmeres an. Die Sozialdemokratie hat zu Ehren der Narrenstunde zwischen den Jahren sich dem edlen Kunstwidmerf des „Denkmalens" ergeben. Unsere Zeitung hat ein ganz neues Mittel erfunden, wonach jeder die Zeitereignisse unmittelbar zu bedenkmalen vermag. Das Blatt gibt auch sogleich eine reiche Anzahl von Denkmalsmodellen nach dem neuen Verfahren — eine förmliche Denkmalsstrecke der Ruhmestaten des abgelaufenen Jahres, ein vorausgeahntes Universal-Denkmal für 1904 und ein Siegesallee-Monument der Zukunft.
In Marmor ausgehauen, gleiten die politischen Ereignisse des vergangenen Jahres und der Zukunft an unserm Auge vorüber.
Der Preis für die Nummer ist 10 Pfennige.
Bestellungen sind, um pünktlich liefern zu können, bis 10. Dezember an uns zu richten.
Volksbuchhandlung Halle a. S.
Geiststraße 21.

Druck und für die Redaktion verantwortlich: August Grah. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041206-18/fragment/page=0008